Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7888

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 61 Halle a. S., Mittwoch den 14 März 1900. 11. Jahrg.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 13. März 1900.

Der Reichstag beriet gestern das neue Münzgesetz in zweiter Lesung. Bekanntlich wird die Goldwährung durch das Gesetz in keiner Weise alteriert, sondern im Gegenteil gefestigt. Die wesentlichsten Bestimmungen betreffen die Einziehung der goldenen Fünfmarkstücke und der silbernen wie nickelnen Zwanzigpfennigmünzen. Außerdem ist der Gesamtbetrag der Reichssilbermünzen erhöht worden. Die Regierungsvorlage schlug eine Erhöhung auf 14 M. pro Kopf der Bevölkerung vor, die Kommission hat die 14 M. noch weiter auf 15 M. erhöht. Es wurde viel hin- und hergeredet, aber nicht abgestimmt, da das Haus nicht ganz beschlußfähig war und die Agrarier mit der Auszählung drohten. Erörtert wurden auch weniger die Bestimmungen der Vorlage als vielmehr die Frage, ob Gold- oder Silberwährung und die Diskontpolitik der Reichsbank. Die Silbermänner Dr. Arendt, v. Kardorff und Dr. Hahn ließen weder an der Goldwährung noch an der Diskontpolitik der Reichsbank ein gutes Haar und griffen den Reichsbankpräsidenten Dr. Koch auch persönlich an. Doch dieser lächelte überlegen, er hat die große Mehrheit des Hauses hinter sich, und die von ihm ausgearbeitete Vorlage wird Gesetz werden.

Heute steht die dritte Beratung der **lex Heinze** auf der Tagesordnung, außerdem sollen die gestern ausgesetzten Abstimmungen nachgeholt werden.

Gegen die lex Heinze wird allenthalben schärfster Protest erhoben. Aus fast allen größeren Städten liegen heute Berichte über glänzend verlaufene Protestversammlungen vor. Gestern hatten Menzel, Mommsen, Begas, Eberlein Sudermann und L'Arronge eine Audienz beim Reichskanzler, um ihm ihre Bedenken gegen die Kunstparagraphen der lex Heinze zu unterbreiten. Onkel Chlodwig gab die allgemeine Versicherung, daß es nicht seine Absicht sei, der künstlerischen und wissenschaftlichen Thätigkeit hemmende Schranken zu setzen. Auf eine Bemerkung Mommsens erwiderte er, daß die Regierung nicht nur auf die Anschauungen der von den Anwesenden vertretenen Kreise Rücksicht nehmen könne, sondern sich auch erinnern müsse, daß weite Schichten des Volkes von anderen, zum Teil entgegengesetzten Empfindungen geleitet würden, die ebenfalls Anspruch auf die amtliche Beachtung erheben. Die Aufgabe der Gesetzgebung sei es, hier die richtige Mitte zu halten, ohne in Extreme zu verfallen.

Wenn Onkel Chlodwig nicht gezwungen wäre, aus seinem Herzen eine Mördergrube zu machen, dann hätte er wahrscheinlich gesagt:

„Du hast ganz recht, lieber Mommsen! Es ist eine böse Sorte diese Agrarier und die gescheitelten und geschorenen Mucker. Weil die Kerle dreckige Hände haben, meinen sie, andere seien auch nicht rein. Aber was kann ich armer Teufel machen! Die Kerle kriegen's fertig, mich mit der „gräßlichen Flotte" aufsitzen zu lassen. Und das darf nicht sein. Wir haben die Meereswellen so stark rauschen lassen, daß wir nun nicht mehr zurück können. Wir müssen der Gesellschaft ihre Wünsche erfüllen. Rege Dich nicht auf, lieber Freund! Was Euch Künstler geschieht, das ist ein Kinderspiel. Die Kanaille nehmen wir ganz anders her. Jetzt schon müssen wir dem Einfuhrverbot für ausländisches Fleisch zustimmen, in einigen Jahren da kommen dann die Wucherzölle auf Getreide und alle anderen Nahrungsmittel; und die anderen Liebesgaben! Ich habe, mein Freund, Deine Geschichte des römischen Reiches mit großem Interesse gelesen. Was Du da über die blutsaugenden Patrizier sagst, trifft vollständig auf unsere Junker und Schlotbarone zu. Dieselbe schmarotzende, korrupte, verfaulte Gesellschaft. Aber was soll man machen, man ist nun mal Reichskanzler! Mit den Wölfen muß man heulen. Wärst Du, lieber Mommsen, an meiner Stelle, Du würdest auch nicht anders können."

Wir haben gestern berichtet, daß Graf Ballestrem den Protest der Münchener Künstler als zur Behandlung im Reichstage für unzulässig erklärt hat wegen seines beleidigenden Inhalts. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die lex Heinze ist verwerflich, weil sie die Kunst und das Schrifttum mit Faustschlägen und Fußangeln bedroht, indem sie die dem künstlerischen Schaffen unerläßlichen Voraussetzungen — Freiheit und Freudigkeit — nimmt, weil sie geeignet ist, das auf seine Mündigkeit stolze deutsche Volk vor sich selbst und vor dem Auslande, wo derartige Attentate auf die geistige Freiheit unbekannt sind, in der empfindlichsten Weise zu demütigen, weil durch mehrere Bestimmungen des Gesetzentwurfs die geheime Unsittlichkeit gefördert und die Rechtspflege zum **Büttel einer reaktionären, lichtscheuen, heimtückischen Parteipolitik** herabgewürdigt wird, weil mit jenen Bestimmungen der Geist der **Unnatur, der Heuchelei** und des **Denunziantentums** offiziell Einzug in die deutsche Gesetzgebung halten; endlich, weil München unter der Herrschaft eines solchen Gesetzes aufhören würde, der Mittelpunkt des künstlerischen und geistigen Lebens — überhaupt „München" — zu sein. Die Versammlung erwartet daher, daß der **Reichstag** wie der Bundesrat dieses **volks- und kunstfeindliche,** süddeutschem und bairischem Wesen tiefverhaßte **Lügengesetz** mit der ihm gebührenden **Brandmarkung** für immer von der Bildfläche der Reichsgesetzgebung verschwinden lassen werden.

Nach der Lektüre dieses Protestes wird der Schmerz des ultramontanen Grafen verständlich. Graf Ballestrem hätte aber immerhin besser gethan, das Urteil über die Resolution dem Reichstage selbst zu überlassen.

Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer fordert eine Petition, welche dem Reichstage aus Grabow a. O. zugegangen ist. Die Petition verlangt, daß diese Steuer bei Einkommen von 10 000 M. an erhoben werden soll und schlägt vor, Einkommen von 10 000 M. mit einer Steuer von 2000 M., Einkommen von 20 000 M. mit einer solchen von 5000 M., Einkommen von 30 000 M. mit einer Steuer von 10 000 M. und Einkommen von 40 000 M. mit einer solchen von 18 000 M. zu belegen ꝛc.

Zur Begründung der Petition wird u. a. ausgeführt: „Die Nation hat das unveräußerliche Recht, von ihren Gliedern volle Hingabe des Lebens und der Güter zu verlangen, und die reichen Volksgenossen, von denen sie solches jetzt fordert, nachdem sie bisher sich fast nur an die Armen und Unbemittelten gehalten hat, erfüllen weiter nichts, als ihre ernste Pflicht und Schuldigkeit, wenn sie jetzt freudig den enormen Ueberfluß ihrer Güter auf dem Altar des Vaterlandes opfern und so ihren Dank abstatten, für das viele Gute, welches sie von demselben empfangen haben und noch empfangen. Eine solche progressive Reichseinkommensteuer ist unter den obwaltenden Verhältnissen absolut gerecht und die populärste, die volkstümlichste aller Steuern. Neun Zehntel der gesamten Bevölkerung Deutschlands wünschen die Einführung dieser Steuer". — An anderer Stelle heißt es in der Petition: „Das deutsche Volk weist eine ganze Menge wohlhabender und reicher Leute auf, welche von Vaterlandsliebe durchglüht sind, wie sie uns bei jeder Gelegenheit selber sagen. Und sie thun recht darin, daß sie so patriotisch gesonnen sind, da sie ja ihrer Nation nicht nur ihr Dasein, sondern auch ihr überreich bemessenes Gab und Gut verdanken" — Der Petent kennt die reichen Buchholzens sehr schlecht, wenn er meint, zum Patriotismus der Reichen gehöre auch die Pflicht, brav zu zahlen.

Einen Pakt scheint die Regierung mit den Fleischwucherern abschließen zu wollen. Das Organ Miquels und Schweinburgs ist eifrig dabei, Propaganda für einen Kompromiß zu machen. Es soll von dem sofortigen Einfuhrverbot das Pökelfleisch ausgenommen werden. In Bezug auf das frische Fleisch soll zwar ein Einfuhrverbot in Aussicht genommen werden, ohne jedoch einen Termin für dasselbe gesetzlich festzusetzen. Die Regierung kann diesen Pakt um so eher eingehen, als sie, wie Eingeweihte ausplaudern, noch vor wenigen Tagen von der Schädlichkeit des Einfuhrverbots keineswegs überzeugt war.

Amerika würde, wie man der Münchener Allgem. Ztg. aus London telegraphiert, nach Zeitungsmeldungen aus Washington, falls die deutsche Reichsregierung die Reichstagsbeschlüsse zur Fleischbeschauvorlage annähme, sofort die deutschen **Weine,** das **Bier** und alle gefärbten **Baumwoll-** und **Wollartikel** von der Einfuhr ausschließen.

Und alles das von wegen der starken Flotte!

Zur Ziethen-Affaire. Die Angelegenheit des zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilten Albert Ziethen wird augenblicklich wieder in Fluß gebracht. Am Sonnabend hat der jetzige Verteidiger Ziethens, Rechtsanwalt Viktor Fraenkel-Berlin, einen neuen Antrag bezw. Schriftsatz zur Erwirkung eines neuen Wiederaufnahmeverfahrens dem Elberfelder Landgericht übersandt. Dabei sind die Ermittelungen des Ziethen-Komitees verwertet worden.

Den Zickzackkurs kritisiert die Deutsche Zeitung, das Langesche Blatt für Gymnasiallehrer, Aerzte, Pastoren u. s. w. mit folgenden Worten: „. . . Unsre Regierung, unsre Politik, an der gemessen selbst eine Politik Maximilians I., des angeblich „letzten Ritters", und eine Politik Friedrich Wilhelm IV., des angeblich einzigen „Romantikers auf dem Thron der Cäsaren", eine ruhige, besonnene und dauerhafte Erfolge versprechende genannt werden könnte."

England und Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze.

Im Oranjefreistaat hat das Gefecht vom Sonnabend zwar den Rückzug der Buren zur Folge gehabt, es ist jedoch keineswegs ein großer Erfolg der Engländer gewesen. Der Korrespondent der Daily News telegraphiert vom Sonntag: Eine Schlacht wütete gestern den ganzen Tag, Roberts errang einen neuen Erfolg, aber nicht ohne beträchtliche Verluste. Der Feind wurde in Abrahamskraal erreicht. Er hielt weit besser als Mittwoch stand. Erst nach heißem Kampfe wurden seine Stellungen von der Infanterie mit dem Bajonett genommen. Die Buren wurden schließlich nach Sden vertrieben. Sie ließen viele Tote zurück. Die Kavallerie hatte eine härtere Aufgabe als sonst. Der Versuch, eine Flankenbewegung auszuführen, mißlang mehrere Male. Der Feind schien von größerer Stärke zu sein, als erwartet worden ist. Seine Linie erstreckte sich über den ganzen Bischoffsrand. Seine Geschütze wurden trefflich gehandhabt. General Broadwood stieß sechs Meilen nach Süden vor, fand aber den Feind überall. Die Buren versuchten sogar uns zu überflügeln. Der letzte Schuß wurde ½8 Uhr abends abgefeuert. Als wir heute morgen erwachten, fanden wir, daß der Feind trotz des gestrigen hartnäckigen Widerstandes wieder sein Heil im Rückzuge gesucht hat. Kein Bure war sichtbar. Wir sind jetzt auf dem Wege nach Bloemfontein. Roberts geht ohne Zeitverlust vor.

Weiter telegraphiert derselbe Korrespondent von gestern: Feldmarschall Roberts setzte seinen Vormarsch ostwärts heute bis Aasvogelkop fort. Auf dem Wege dorthin wurden keine Buren gesehen. Die brittischen Truppen sind nur noch 25 Meilen von Bloemfontein entfernt.

Lord Roberts soll am Sonnabend schwere Verluste gehabt haben, genaue Angaben sind darüber noch nicht veröffentlicht.

4 deutsche Offiziere,

welche sich nach Pretoria begeben wollten, wurden vorige Woche von portugiesischen Behörden angehalten und festgenommen. Man fand Gewehre und Munition in ihrem Gepäck.

Intervention der Mächte.

Nachdem England das Anerbieten zur Einleitung von Friedensverhandlungen zurückgewiesen, haben die Burenrepubliken die Intervention der Mächte angerufen. Der Daily Mail wird aus Pretoria vom Sonnabend gemeldet: Die Konsuln der fremden Regierungen sind am Freitag zu einer Konferenz eingeladen und ersucht worden, die Intervention der Mächte, deren Vertreter sie sind, anzurufen, um weiterem Blutvergießen Einhalt zu thun.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Nachwehen vom Krefelder Färberstreik.** Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells in Krefeld war wegen Beleidigung Arbeitswilliger, welche der Staatsanwalt in einem Flugblatt fand, von der Strafkammer in Krefeld zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden. 30 Mark mußte der Drucker zahlen. Die Strafe ist bereits verbüßt, da kommt der Färberei-besitzer Biermann und fühlt sich ebenfalls beleidigt. Er strengte die Privatbeleidigungsklage an. Aber trotz aller Bemühungen, welche sich sein Vertreter gab, wurde er mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers des Beklagten, welcher sich auf eine Entscheidung des Reichsgerichts berief, wonach wegen eines Delikts nicht zweimal Verurteilung stattfinden kann.

Parteinachrichten.

— **In der Angelegenheit des Reichstagsabgeordneten Bueb** erläßt das Wahlkomitee von Mülhausen folgende Erklärung: Genosse Bueb hat schon vor mehreren Monaten den Wunsch wiederholt geäußert, das Reichstagsmandat für Mülhausen abzugeben und hat thatsächlich auch seit der Wiedereröffnung der Reichstagssitzungen im November v. J. weder in diesem noch in dem folgenden Monat — wo bekanntlich u. a. die Zuchthausvorlage zur Erledigung kam — an den Verhandlungen des Reichstages teilgenommen. Daraufhin faßte eine am 26. Dezember v. J. in Mülhausen tagende Wahlkreiskonferenz, an der neben den Delegierten der Stadt Mülhausen Vertreter von Dornach, St. Ludwig und anderen Orten teilnahmen, einstimmig den Beschluß, das Mandat des Abgeordneten Bueb zurück zu nehmen, ihm anheimgebend, die nötigen Formalitäten mit einer öffentlichen Erklärung in der ihm selbst geeignet erscheinenden Weise alsbald zu erfüllen. Gleichzeitig beschloß die Konferenz, vorbehaltlich der Zustimmung des Mülhauser Arbeiterwahlvereins und der übrigen Faktoren der Organisation, daß bei der aus der Mandatsniederlegung sich ergebenden Neuwahl als Kandidat Genosse Leopold Emmel, Kaufmann in Saargemünd, aufgestellt werden sollte. Diesem Beschluß wurde bisher aus dem Grunde keine Folge gegeben, weil die bald nachher im Reichstag eingegangene Flottenvorlage der Eventualität einer Reichstagsauflösung große Wahrscheinlichkeit verlieh und man dem Kreise Mülhausen die Mühen und Kosten zweier rasch aufeinander folgender Reichstagswahlen ersparen wollte.

Bueb vertritt den Kreis Mülhausen im Reichstag seit dem 15. Juni 1893 als Nachfolger Hickels, der das Mandat bei den Februar-Wahlen 1890 zum erstenmal für die sozialistische Partei erobert hatte. Am 16. Juni 1898 siegte Bueb im ersten Wahlgang mit 13610 Stimmen über den elsäßisch-klerikalen Bewerber, auf den 8052 Stimmen entfielen, während eine nationalliberale Kandidatur 1761 Stimmen auf sich vereinigte.

— **Gegen die Wahl des Nationalliberalen Placke** soll nach Meldungen bürgerlicher Blätter innerhalb der gesetzlichen Frist im Reichstage kein Protest eingegangen sein.

— **Parteipresse.** Eine gemeinsame Konferenz der Wahlkreise Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode und Kalbe-Aschersleben beschloß die Umwandlung der Halberstädter Arbeiter-Zeitung in ein tägliches Blatt zum 1. Oktober dieses Jahres zum Preise von 2.25 Mk. pro Quartal inkl. Neue Welt.

Gewerkschaftliches.

2000 Schuhmacher sind gestern in Stuttgart in den Ausstand getreten.

Die Tapezierer und Dekorateure Berlins, deren Gesamtzahl über 2500 Mann beträgt, sind am Montag in den Massenstreik getreten. Sie fordern 60 Pfg. Stundenlohn, 80 Pfg. für die Ueberstunde, 20 Proz. Lohnaufschlag für Akkordarbeiten und Freigabe des 1. Mai. Laut Mitteilung der Streikkommission in der Montagmittagversammlung haben bis jetzt 63 Firmen [darunter Gerson] mit 360 Mann die Forderung bewilligt.

Der Fleischer, unter diesem Titel ist in Berlin die erste Nummer einer Fachschrift für die Schlächtergesellen erschienen, die von der Organisation dieser Berufsgruppe unter der Redaktion von Theodor Keslinke herausgegeben wird. Das Blatt erscheint monatlich einmal.

Ein internationaler Kongreß der organisierten Bäckergehilfen findet am 23. Juni in Kopenhagen statt.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Böse hineingefallen ist in ihrer blinden Wut gegen die Bergleute wieder einmal die Giftnudel. Von „kompetenter Seite" läßt sich das Blatt schreiben:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000314-14/fragment/page=0001

Wie das hiesige Volksblatt mitteilt, hat die Berliner Volkszeitung ein Privattelegramm aus Zeitz erhalten, wonach die Werksverwaltungen im Zeitzer und Meuselwitzer Braunkohlenreviere beabsichtigen, am 1. Mai d. J. eine allgemeine Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter eintreten zu lassen. Wer mag denn wohl das Privattelegramm abgesandt haben? Welche Werksverwaltung benutzt denn wohl die Berliner Volkszeitung als ihr Sprachrohr und wählt den großen Umweg über Berlin, um eine so erfreuliche Nachricht zur Kenntnis ihrer Arbeiter zu bringen, statt ihnen in einfacherer und wirksamerer Weise eine direkte Mitteilung zu machen?

Das hallesche Volksblatt weiß aber noch mehr und kennt auch den Grund zu jener Maßregel. Am 1. Mai d. J. wird nämlich eine allgemeine Erhöhung der Kohlenpreise vorgenommen, welche die nötigen Mittel für die Lohnerhöhung bringt.

O das schlaue Volksblatt! Vorsichtigerweise wählt es den 1. Mai als Termin für die bezeichneten Maßregeln. Hätte es den 1. April gewählt, so würden die Arbeiter zu früh gemerkt haben, daß sie wieder einmal in den April geschickt werden sollen; und dann ist doch der Weltfeiertag auch ein so schöner Tag.

Thatsächlich ist in den Kreisen der Arbeitgeber weder von einer am 1. Mai erfolgenden Preiserhöhung noch von einer allgemeinen Erhöhung der Arbeitslöhne etwas bekannt.

Man merkt also klar, den mit der falschen Nachricht beabsichtigten Zweck. Tritt die von dem Volksblatte in Aussicht gestellte Lohnerhöhung nicht ein — wie es ja der Fall sein wird — dann ist von neuem Unzufriedenheit in die Kreise der Arbeiter gebracht und damit ist der Sozialdemokratie gedient. Selbstverständlich wird es in ihrem Hauptquartier höchst unangenehm empfunden, daß sie im sogenannten mitteldeutschen Braunkohlenreviere nur Niederlagen zu verzeichnen hat und deshalb ist jedes Mittel recht, die Unzufriedenheit aufrecht zu erhalten nach dem bewährten Grundsatze: Nur immer dreist schüren und hetzen, etwas bleibt doch hängen! Nun, wir werden ja sehen!

Aus diesem Geschreibsel geht in erster Linie hervor, daß die Gruben-Verwaltungen nicht beabsichtigen, eine Lohnerhöhung vorzunehmen. Damit wird unsere, bereits am Sonnabend zum Ausdruck gebrachte Meinung über den Charakter dieser Leute bestätigt.

Außerordentlich interessant ist der Schlußsatz. Also der Zweck unserer Mitteilung, daß die Grubenbesitzer endlich ihren Arbeitern gegenüber ein klein wenig Gerechtigkeit walten lassen wollen, ist Unzufriedenheit zu säen, zu hetzen! Großartig! Aber noch großartiger wird diese „kompetente" Feststellung, wenn man erwägt, daß hier das Volksblatt im Verein mit der — — — Halleschen Zeitung, demselben Blatte, in dem sich obige Schmutzepistel befindet, die Hetzpropaganda betriebenen Streik hatten hineinzieheu lassen, ist ebenfalls eine allgemeine Lohnerhöhung für sämtliche Bergarbeiter vom 1. Mai an in Aussicht genommen worden. Sieh' da, nun hat sogar die Hall. Ztg. das gute Herz der Unternehmer überschätzt, und das will doch wahrlich viel heißen. Eine arge Blamage, die sich da das Blatt zugezogen hat. Falsche Nachrichten zu verbreiten, um Verhetzung zu treiben, ei, ei, verehrte Giftmudel, ob da von den 3000 Abonnenten nicht noch ein paar Dutzend abspringen? Wie kann man auch eine so hohe Meinung von dem Unternehmertum haben!

Die Nachricht hat die Hall. Ztg. natürlich genau so wie wir, aus der Berl. Volkszeitung entnommen, nur daß die bekannte konservative Ehrlichkeit ihr verbot, die Quelle zu nennen. Das systematische Ausrauben anderer Zeitungen, besonders gegnerischer, hat, wie man sieht, seine Schattenseiten. Wir würden dem Herrn Otto Thiele empfehlen, in dem Redaktionslokal der Hall. Ztg. ein großes Plakat anbringen zu lassen mit der Aufschrift: Vorsicht beim Schneiden und Kleben!, damit seine beiden Bediensteten ihn nicht allzu häufig in so gräßliche Verlegenheit bringen.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 13. März 1900.

*** Die Immobilien-Umsatzsteuer** wurde im Stadtverordneten-Kollegium gestern mit allen gegen 12 Stimmen angenommen. Unsere Genossen Albrecht und Krüger stimmten gegen die Einführung. (Siehe Stadtverordneten-Bericht.)

*** Leser oder Abonnenten?** In ihrer Sonnabend-Abendausgabe veröffentlicht die Hallesche im Briefkasten die folgende Philippika gegen uns:

Das Volksblatt schimpft neuerdings wieder tagtäglich in pöbelhaftester Weise über uns. Wir sind uns zu gut, darauf zu antworten. Es ist ja bekannt, daß das Volksblatt stets uns Verlogenheit vorwirft, so oft es der eigenen Verlogenheit durch uns überführt worden ist. Was das Volksblatt über unsere Auflage aussteht, ist ebenfalls niederträchtige Unwahrheit, wir können nachweisen, daß wir heute fast dreimal so viel Leser haben, als uns das Blatt andichten möchte. Man sieht immer eben mehr und mehr ein, wo wirkliche Wahrheit zu finden ist. Glücklicherweise giebt kein gebildeter Mensch auch nur einen Pfifferling auf das sozialdemokratische Blatt, man lacht höchstens über die unfreiwillige Komik in demselben.

An dieser Notiz ist nur das eine interessant, daß sich die Hallesche bemüht, die Gerüchte zu zerstreuen, die über ihre geringe Abonnentenzahl kursieren. Und wie zieht sie sich aus der Falle? Sie hat nicht 3000 Leser, wie wir geschrieben haben, sondern fast dreimal so viel. Nein, so war die Geschichte nicht gemeint. Wir sprachen nicht von 3000 Lesern, sondern von 3000 **Abonnenten.** Und darauf kommt es an. Wollten wir die Rechnung mit Bezug auf unser Blatt machen, dann könnten wir getrost 7000—8000 Leser mehr angeben als Abonnenten, da es notorisch ist, daß sich so viele nicht getrauen, das Volksblatt zu abonnieren, um nicht etwa in schlimmen Verdacht zu kommen. Daß viele Leute außerdem das Volksblatt in Cafés und Restaurants lesen, ist zu bekannt, als daß wir es besonders zu betonen brauchen. Anders steht es mit der Halleschen. Sie schickt nachgewiesenermaßen vielen Geschäftsleuten den Abonnementsbeitrag ins Haus, um sie zum Abonnieren zu veranlassen, desgl. eröffnet sie den Hoteliers und Cafetiers ein Freiabonnement und kommt so auf diese Weise zu mehreren Tausend Abonnenten. Ausschlaggebend ist jedoch nur die Zahl der bezahlten Abonnenten. Und diese dürfte eben in diesem Falle die fast 3 mal 3000 gleich 9000 nicht erreichen. Welche Geschäftspraktiken übrigens die Hall. Zeitung vornimmt, ist uns ziemlich gleichgeiltig; wenn sie es aber unternimmt, sich in der Oeffentlichkeit als diejenige hinzustellen, die die Meinung und Ansicht weiterer Kreise vertritt, dann klopfen wir ihr einfach auf die Finger und weisen sie in die Schranken zurück, in die sie ihrer Bedeutungslosigkeit nach gehört.

*** Der Zeitungskrieg wegen des Boykotts der Kaiserfäle** geht augenscheinlich seinem Ende entgegen. Herr Schneider — er zeichnet jetzt mit seinem vollen Namen — erklärt in der Saalezig. vom Sonnabend, daß er den ersten Artikel im Auftrage der „verbündeten und angerempelten Brauereien" geschrieben hat und stellt nochmals fest, „daß die bürgerlichen Parteien, die die Hallesche jetzt gegen die Aktienbrauerei aufhetzen wollen sich nie um die Brauereien gekümmert haben, wenn es galt, gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen." Das letztere Zugeständnis werden wir uns recht tief ins Gedächtnis schreiben und bei passender Gelegenheit wieder verwerten. Wenn Herr Schneider weiter noch sagt: „Das Aufbauschen der Angelegenheit riecht doch etwas sehr nach Quartalswechsel resp. Abonnentenfang. Und sehr nötig muß es die Halleische haben, denn wenn sie eine gelesene Zeitung wäre, dürfte sie doch erwarten, daß ihr Artikel gegen mich auch bekannt würde, ohne daß sie in jedes Haus und jede Familie gratis und franko ein Freiexemplar der Hetznummer schickt." so dient dies lediglich als Ergänzung unserer obigen Notiz über die Abonnentenzahl der Halleschen. — Gestern antwortet sie nun auf den Artikel des Herrn Schneider und ektroyiert ihm das Volksblatt als Leibblatt auf. „Wir wundern uns, daß es — gemeint sind die Schneiderischen Artikel — nicht im Volksblatt steht, das doch, nach den hohlen Phrasen und würdelosen Verdächtigungen des Herrn Schneider zu schließen, das Leiborgan desselben zu sein scheint." Nun, wessen Leibblatt die Hallesche ist, dürfte diese wohl selbst kaum wissen, da selbst konservative Kreise, für deren Leiborgan sie doch gelten sollte, sich häufig über die öden und wüsten Schimpfereien aufgehalten haben und es mit Entrüstung zurückweisen, wenn dieses Blatt als ihr Leiborgan bezeichnet wird. Und damit ist es gerichtet!

*** Die öffentliche Gewerkschafts-Versammlung,** welche gestern abend in Osborgs Bellevue stattfand, wies leider einen beschämend schwachen Besuch auf. Kaum 150 Personen waren erschienen. Reichstagsabgeordneter Hoch hielt einen ausgezeichneten Vortrag über die Reform der Unfallgesetzgebung. Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der Haftpflichtgesetze erörterte Redner die Grundzüge des 1884er Unfallgesetzes und verbreitete sich dann über die Hauptbestimmungen der Novelle, die jetzt dem Reichstag vorgelegt worden ist und die zur Zeit noch von der Kommission beraten wird, zu deren Mitgliedern Genosse Hoch gehört. Das Verhalten der Konservativen und des Zentrums gegenüber den von den Sozialdemokraten gemachten Verbesserungsanträgen gab Gelegenheit zu wiederholter scharfer Kritik. Aus allem geht hervor, daß das Unfallgesetz, auch in der Form, die es durch die neue Novelle erhalten soll, nichts weiter ist, als der Ausfluß einer nur schlecht verhüllten Klassengesetzgebung zu ungunsten der Arbeiter. — Nach kurzer Debatte fanden dann die Beschlüsse des Kartells betreffs Neuregelung der Beiträge zum Kartell und zum Sekretariat gegen die Stimmen der Holzarbeiter Annahme. Die Holzarbeiter wollten außer den 10 Pf. monatlich noch pro Kopf und Vierteljahr 5 Pf. für das Kartell erhoben wissen. — Dem Kartellvorstand wurde Vollmacht erteilt, für den Fall, daß der Berliner Tischlerstreik länger andauert, die Allgemeinheit der Organisationen am Orte zur Unterstützung anzurufen. — Der Bericht über das Sekretariat wurde der vorgerückten Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt. Gegen 1/2 12 Uhr erfolgte Schluß der Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Gewerkschaftsbewegung.

*** Beendet** ist der Tischlerstreik bei Kroppenstädt, da die Plätze der Ausständigen zum Teil besetzt sind. Wenn die hiesige Presse bemerkt, die Streikenden hätten keine Unterstützung erhalten, so entspricht das nach den von uns eingezogenen Erkundigungen nicht den Thatsachen. Die Streikenden erhielten den allgemein üblichen Unterstützungssatz. Nebenbei sei bemerkt, daß wir seitens der Ausständigen nicht benachrichtigt wurden, daß der Streik zu Ende ist. Wir entnehmen vorstehende Meldung der bürgerlichen Presse. Die Ausständigen, ganz gleich welcher Branche, finden zwar das Volksblatt sofort, wenn es sich um den Ausbruch eines Streiks handelt, halten es aber nicht für nötig, uns über den weiteren Verlauf oder das eventuelle Ende des Streiks zu unterrichten. Das darf nicht vorkommen. Die Streikenden müssen es sich zur Aufgabe machen, stets die Leser auf dem Laufenden zu erhalten und das kann nur geschehen, wenn der Redaktion die entsprechenden Mitteilungen gemacht werden.

*** Ein Sozialdemokrat in den Augen der Gegner.** Anläßlich der Wahl in Kalbe-Aschersleben wurde in einem nationalliberalen Flugblatte folgende Charakterisierung der Sozialdemokratie gegeben:

Alle Sozialdemokraten sind vom Uebel, sie stiften Unfrieden und predigen den Umsturz alles Bestehenden, ohne Besseres an seiner Stelle setzen zu können. Die sozialdemokratische Partei besteht aus Führern und Federhelden und aus einer großen Menge unüberlegter Mitläufer, die sich selbst nicht helfen können und darum neidvoll auf andere schauen. Vorkommende Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

Die Sozialdemokraten sind einseitig, sie wollen angeblich nur dem Arbeiter helfen, als ob die Welt nur aus Arbeitern bestände! Zufriedenheit ist ihnen ein Laster, der sparsame, fleißige Mensch jeden Standes gilt als lächerliches Monstrum, als Ungeheuer.

Die Sozialdemokraten führen die Menschenrechte nur im Munde, thatsächlich knechten sie ihre Anhänger wie Sklaven, wer mucht, fliegt hinaus. Die Parteikrise ist nur für Ausgewählte, die Tausende von Mark Gehälter beziehen, in Villen herrschaftlich wohnen, ihre Söhne einjährig dienen lassen und die Töchter in feine Pensionate schicken.

Vorkommende Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

Die Sozialdemokraten sind Pharisäer! Ein Prinz Arenberg wird als Schandfleck und Typus für alle bürgerlichen Kreise hingestellt. Wie denken sie aber über alle durchgebrannten sozialdemokratischen Kassierer, über Falschmünzer, wie der Uhrmacher in Jeßnitz, über die Meineidigen und Ehebrecher aus ihren Kreisen? Ist der Prinz Arenberg der Typus der bürgerlichen Gesellschaft, dann sind diese „Ehrenmänner" typisch für die Sozialdemokraten. Eins oder keins.

Der bisherige Abgeordnete Schmidt ist ein ganz gefährlicher — Sozialdemokrat! Unter dem „Anschein" der Fahrlässigkeit hat er den Kaiser und sein Haus, hat er das monarchische Gefühl jedes guten Deutschen beleidigt. Unter dem „Anschein" selbst von seinen Parteifreunden nicht für möglich gehaltener Fahrlässigkeit hat er einen vertrauensvollen Genossen, den Redakteur Müller monatelang ins Gefängnis gebracht.

Nun wissen wir wenigstens, was wir sind.

*** Für den Vieh- und Krammarkt,** der am 5. und 6. April ds. Js. stattfindet, macht die Polizeiverwaltung bekannt: Die Verlosung bezw. Anweisung der Plätze für Karussells, Schaubuden, Schießbuden, Spielbuden, Kaffeebuden, Wurstbuden, Schmuckwarenhändler, Konditoren und Schmalzkuchenbäcker erfolgt am Dienstag, den 3. April, vormittags von 10 Uhr ab, für die Verkaufsstände der anderen Handelsleute am Mittwoch, den 4. April, vormittags von 9 Uhr ab auf dem Roßplatze. Die Ausgabe der polizeilichen Erlaubnisscheine und Standzettel erfolgt am 3. und 4. April von früh 8 Uhr ab auf dem Roßplatze im Wasserturme. Zum Empfang der Erlaubnisscheine 2c. sind die Gewerbe-Anmeldebescheinigungen respektive Gewerbesteuerzettel vorzulegen. Die Erlaubnis zum Ausschank von Bier oder Branntwein innerhalb der Reithallen wird nicht erteilt, auch werden sogenannte Preisschießbuden und deutsche Schiffsschaukeln sowie Buden zum Ring-, Ball- und Plattenwerfen nicht zugelassen.

*** Die Stadtbahn** hat ihren Sommer-Fahrplan bereits ausgegeben. Darnach fahren die Wagen wie folgt:

Abfahrt der	ersten Wagen:	letzten Wagen:
Linie I mit III von der Artillerie-Kaserne	6,21 Uhr	11,03 Uhr
„ I mit III vom Steinwege	6,27 „	11,03 „
„ II vom Haupt-Bahnhofe	6,23 „	11,05 „
„ II vom Hettstedter Bahnhofe	6,22 „	11,05 „
„ IV vom Haupt-Bahnhofe	6,27 „	11,03 „
„ IV von Wittekind	6,27 „	11,03 „
„ V an Wochentagen von Wittekind	6,12 „	10,09 „
„ V an „ „ Trotha	6,21 „	10,18 „
„ V an Sonntagen von Wittekind	6,12 „	10,42 „
„ V an „ „ Trotha	6,21 „	10,51 „
„ VI vom Haupt-Bahnhofe	6,27 „	11,08 „
„ VI vom Völbergerweg	6,26 „	11,02 „

Von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends wird auf Strecke Wittekind—Neil—Wucherer—Steinstr.—Markt—Mansfelderstraße—Hettstedter Bahnhof ein Sonderwagenbetrieb: wenn keine Hindernisse eintreten, stattfinden.

Wagen-Folge: Linie I mit III, II, IV, VI und die Sonderwagen von Wittekind—Hettstedter Bahnhof **alle 6** Minuten, Linie V **alle 11** Minuten.

*** Eine Radfahrordnung für den ganzen preußischen Staat** wird, wie der Volksgeistung geschrieben wird, nicht erlassen werden, weil eine Radfahrordnung als Polizeiverordnung erlassen werden muß, zum Erlaß einer solchen aber das Ministerium nicht zuständig ist. Polizeiverordnungen können höchstens für den Umfang einer Provinz durch den Oberpräsidenten unter Mitwirkung des Provinzialrates erlassen werden. Für die Radfahrordnungen, die jetzt erlassen werden, ist von den Ministerien für die öffentlichen Arbeiten und des Innern ein Entwurf ausgearbeitet und den Oberpräsidenten mit dem Auftrage zugesandt worden, ihn nach Einholung der Zustimmung des Provinzialrates und, wenn nötig, nach Abänderung einzelner Bestimmungen, als Polizeiverordnung zu veröffentlichen. Dadurch erklärt sich, daß jetzt für die einzelnen Provinzen Radfahrordnungen erlassen werden, die nach einem Muster gearbeitet sind, aber doch vielleicht nicht in allen Einzelheiten übereinstimmen.

*** Ueber einen seltsamen Selbstmordkandidaten** lesen wir im Polizeibericht der hiesigen Blätter: Montag morgen gegen 5 Uhr suchte der 46jährige Seiler Wilhelm B. von hier die Klinik auf. Derselbe hat nach eigener Angabe gestern nachmittag einen Selbstmordversuch gemacht, indem er sich die Pulsader am linken Vorderarm mit einem Stück Glas öffnete. Infolge des großen Blutverlustes wurde er bewußtlos, heute morgen gegen 3 Uhr wachte er aber plötzlich wieder auf und aus Aerger darüber, daß er noch lebte, schleppte er sich an die Saale, um im Wasser den Tod zu suchen. Hier wurde er jedoch von einem Schiffer bemerkt, welcher ihn nun den Weg nach der Klinik zeigte. B. hatte ein Verhältnis mit einer Witwe, über welche er ungünstiges hörte. Um der Sache ein Ende zu machen, wollte er sich das Leben nehmen.

*** Schwer verbrannt** hat sich das 1 1/2jährige Kind der Eheleute Martin, indem es einen Topf mit kochendem Wasser herunterriß und sich den Inhalt über den Körper goß.

*** Muß der versicherte Arbeiter sich jede ärztliche Operation gefallen lassen?** Nein! Einem invaliden Arbeiter K. war von der Versicherungsanstalt die Rente verweigert worden, weil er es ablehnte, sich einer Operation zu unterwerfen. Nachdem auch das Schiedsgericht den Antragsteller abgewiesen hatte, hob das Reichsversicherungsamt die Vorentscheidung auf und sprach dem Kläger eine Rente zu, indem ausgeführt wurde: Zur Duldung einer Operation, wenn diese auch nicht sehr schmerzhaft und gefährlich sei, erscheinen die versicherten Arbeiter nicht verpflichtet, sobald diese Operation in den Befund oder die Unversehrtheit des Körpers eingreift oder die, wie jede Chloroformierung erheischende Operation, nicht ohne Lebensgefahr vorgenommen werden könnte. Die Verletzten seien aber gehalten, sich die erforderlichen Verbände anlegen zu lassen, die verordnete Medizin einzunehmen, sich einer gebotenen Massage zu unterwerfen oder sich den Magen ausspülen zu lassen.

* **Gestorben** sind im Verlaufe der vergangenen Woche an: Luftröhrenentzündung 3, Scharlach 1, Speiseröhrenverengung 1, Altersschwäche 2, Herzlähmung 2, Lungentuberkulose 5, Darmverschlingung 2, Krämpfen 2, Schwäche 7, Lungenentzündung 2, Neubildung der Brusthöhle 1, Herzschwäche 1, Gehirnabscess 1, Lungenlähmung 1, Knochentuberkulose 1, Nierenleiden 2, Kopfrose 1, tuberkulöser Bauchfellentzündung 2, Herzklappenfehler 1, Mitralinsuffizienz 1, Typhus 1, Verbrennung 1, Abzehrung 2, Zertrümmerung beider Unterschenkel 1, Magentetanie 1, Herzschlag 2, Nierenentzündung 1, Zermalmung des Fußes 1, Gehirngeschwulst 1, Blutvergiftung 1, Bronchialkatarrh 1, Gehirnblutung 1, Gebärmutterkrebs 1, Magen- und Leberkrebs 1. Zusammen 55 Personen. Darunter 15 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

*** Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Wie bereits erwähnt, gastiert das Schliersee Bauerntheater am Mittwoch nochmals und zwar in dem Anzengruberschen Volksstück „Der Meineidbauer". Dieses Werk ist seitens der Schliersee in Halle noch nicht zur Aufführung gebracht worden und sei deshalb auf diese Aufführung besonders hingewiesen. Die Vorstellung ist außer Farbenabonnement, doch haben Beamtenkarten gegen Zuschlag von 50 Pfg. pro Karte Gültigkeit. Für Donnerstag ist „Der fliegende Holländer" angesetzt.

*** Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Wir wollen nicht verfehlen, nochmals auf die heute, Dienstag, den 13. d. Mt., stattfindende Benefizvorstellung für Herrn Oberregisseur Rhode-Ebeling (Der Schlafwagenkontrolleur) aufmerksam zu machen. Morgen, Mittwoch, wird „Der Veilchenfresser" von Gustav v. Moser wiederholt. Am Donnerstag beginnt das von Direktor Gothow Grünefe gegründete Wiener Soubretten-Theater (ja nicht zu verwechseln mit der Gesellschaft, welche unter einem ähnlichen Titel einmal in den Kaisersälen auftrat) ein Gastspiel am Thalia-Theater, welches eine Reihe von lustigen Operetten und Vaudevilles aufführen wird. Das Programm des ersten Abends enthält die komische Operette „Die überlistete Scharwache" (Monsieur und Madame Denis) von Jaques Offenbach, das kurzweilistische Gesangsballett „Im Reiche des Ixkus" und zum Schlusse die Novität „Ein Studentenstreich", eine burleske Operette von Gothow Grünefe. Mit diesem Programm dürfte sich die „Bühne ohne Männer" gleich am ersten Abende beim hiesigen Publikum glänzend einführen.

d. **Nietleben.** Arbeiter-Risiko und Unternehmer-Rücksichtslosigkeit. Heute, Montag, nachmittag verunglückten auf der Pfännerschaftlichen Grube „Alt-Escherben" die Bergleute Otto Pilger aus Nietleben und Ferd. Richter aus Zscherben dadurch lebensgefährlich, daß sie, von Gasen betäubt, im Schachte dem Erstickungstode ziemlich nahe kamen, ehe es bemerkt wurde. Der Bergmann Weimann ließ sich sofort an ein Seil binden und bewerkstelligte unter eigener Lebensgefahr die Rettung der Verunglückten vom sicheren Tod. Während nun Weimann von seinen Kameraden nach Hause geführt wurde, wurden die Schwerverletzten auf einen gewöhnlichen (Last-) Leiterwagen auf etwas Stroh gebettet und mit der größten Rücksichtslosigkeit auf dem holprigen Pflaster nach dem Bergmannstrost in Halle transportiert. Ob ein Kranken-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000314-14/fragment/page=0002

wagen bezw. ein Korb auf der betreffenden Grube vorhanden, ist uns zum Augenblick nicht bekannt. Hätten jedoch die Beamten bezw. die Besitzer der Grube mit anhören müssen, mit welcher Entrüstung und wenig schmeichelhaften Ausdrücken die Verunglückten begleitenden Menschenmassen den Transport empfingen, sie hätten jedenfalls für eine andere Beförderungsart Sorge getragen.

Ammendorf. Einen Sieg haben die Wähler der dritten Klasse, wie uns erst jetzt mitgeteilt wird, bei der Gemeinderatswahl am Freitag errungen. Der von den Arbeitern aufgestellte Kandidat Hermann Stiebitz wurde mit großer Majorität gewählt.

Lettin. Die Gemeinderatswahl findet hier morgen **Mittwoch, abends um 8 Uhr** statt. Als Kandidat der Arbeiter wird der Schlosser Otto Stöbe fungieren. Wenn die Arbeiter sich nur halbwegs stark an der Wahl beteiligen, muß Stöbe siegen. Daß sie das thun, steht zu erwarten.

w. Naumburg. Der starke Mann? Außer anderen leuchtete auch der von uns im vorigen Jahre [Nummer 254] gebrachte Artikel: Zur Naturgeschichte des Freisinns etwas hinter die Koulissen der Stadtväterwahlen. Nehmlichem Zwecke diente in Nummer 257 die Notiz: „Stadtväter, die sich läßig machen." Vor kurzem begab es sich nun, daß nicht weniger als drei der ältesten Mitglieder des Kommunalparlaments sozusagen mit einem Schlage ihre Mandate niederlegten; sogar der würdige Vorsteher der Versammlung, Herr Justizrat Werner, wurde, wie es scheint, amtsmüde. Dieser, ein Führer unserer Nationalliberalen [!], stand von jeher bei unserem regierenden Bürgermeister Kraatz in hohen Gnaden; denn gleich der erste der vom „neuen Herrn aus Pforzheim" erstatteten Verwaltungsberichte rühmte die justizrätlichen Verdienste in schwungvollsten Worten. Unter solchen Umständen ist es wahrlich zu begreifen, wenn sich heute der beschränkte Unterthanenverstand bekümmert und physisch beunruhigt fragt: Wie kommt es, daß sogar ein so erprobtes Rüstzeug wie Herr Werner — und gerade jetzt! — plötzlich geht, und mit ihm solche im Sinne bürgerlicher Staatserhaltung zweifellos altbewährten Kräfte wie die Herren Rechtsanwalt Hagemann und Rechnungsrat Streitberger? Herr Hagemann war früher Vorsitzender der Versammlung, machte aber als solcher dem Kollegen Werner Platz. Herr Streitberger entdeckte eine sogenannte Teilerei. Dem Vernehmen nach sollte die Beratung des städtischen Etats nach dem Willen eines hochweisen Rates erledigt werden, noch bevor amtlich der vorgeschriebene Verwaltungsbericht erstattet worden war. Die Zeit drängt, denn schon am 1. April beginnt das neue Geschäftsjahr! § 61 der Städteordnung besagt nämlich klipp und klar:

„Jedes Jahr, **bevor** sich die Stadtverordneten-Versammlung mit dem Haushaltsetat beschäftigt, hat der Magistrat in öffentlicher Sitzung derselben über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten einen vollständigen Bericht zu erstatten."

Wir wissen früher schon auf die befremdliche Thatsache hin, daß auch 1899 ein Bericht von einigen Nörglern als im Rückstande befindlich bezeichnet wurde. Störend aber in der That ist es, wenn eine Regierung öfters krank wird. Allem Anschein nach ist zudem noch ein weiterer Stein des Anstoßes auf der Bildfläche erschienen. Einigen höheren Ortes sehr geschätzten Mitgliedern der „freisinnigen" „Volks"-Partei und einigen ehemaligen Schwerträgern des Königs deucht das bisherige Gehalt der regierenden Autorität Kraatz (3000 Mk.!) noch als ein überaus dürftiges oder unstandesgemäßes. Auch Unentwegte, Volle und Ganze, ersehnen die weitere Erhöhung dieses Gehaltes um etwa 2000 Mk. Daher wahrscheinlich das Partei-Schlagwort: „Daumen auf den Beutel!" Das amtliche Jahr der Jahrhundertwende soll die möglichst einstimmige Wiederwahl des regierenden Herrn bringen, der bekanntlich über den Regierungs- wie auch über den Oberpräsidenten in Berlin, wo es noch Richter giebt, einen glorreichen „Sieg" davongetragen hat. Ist doch Kraatz nach dem einstimmigen Urteil seiner Getreuen sowie nach dem Zeugnis des Oberstleutnants und stellvertretenden Stadtverordneten-Vorstehers Habelmann ein „bedeutender Mensch"! Nach dem Aussehen der Stadtverordneten Meinhardt, Schwarzbach, Bücker, Martin, Hagemann, Streitberger, Werner dürfte die unentwegte Schutztruppe des nichtstudierten, aber alle Juristen weitaus überragenden Oberbürgermeisters Kraatz ans Ziel ihrer Wünsche kommen. Meinhardt und Schwarzbach wurden, wir erinnern daran, von dem auch in Worten starken Hoflieferanten Leine einst als „Unrat" verdonnert. Der als Bürsten-, Pinsel-, Besenfabrikant und Hoflieferant wie als Volksmann gleich große Herr ist zweifellos auch ein ganz kompetenter Psycholog! Und Beharrlichkeit führt zum Ziel. Wie der Herre, so 's Gescherre, wie 's Gescherre, so der Herre. Ruhe wird im übrigen immer mehr zur ersten Bürgerpflicht, schon mit Rücksicht auf den stadterhaltenden Kampf für Religion, Sitte und Ordnung wider den kommunalen „Umsturz"!

t. **Drothig** bei Zeitz. Am Sonntag nachmittag sprach hier in recht gutbesuchter Volksversammlung Redakteur Ad. Thiele über die gegenwärtige politische Lage und die Bestrebungen der Reaktion, auf allen Gebieten die Volksrechte noch mehr zu verkürzen zu gunsten der bevorrechteten Klassen. Die Arbeiterschaft kann nur dann den Reaktionären erfolgreichen Widerstand leisten, wenn sie sich politisch und gewerkschaftlich organisiert und die Arbeiterpresse liest, alle andern Blätter dagegen aus dem Hause weist. Der Vortrag fand allseitigen Beifall, und der Aufforderung des Genossen Leopoldt, sich dem neugegründeten Sozialdemokratischen Verein für den Zeitzer Kreis anzuschließen, wurde nach Schluß der Versammlung von zahlreichen Besuchern Rechnung getragen.

Bitterfeld. Der Arbeitgeberbund für den Delitzscher Kreis suchte am Sonntag in einer Versammlung für seine Schärfmacherpläne zu werben. Es wurde mitgeteilt, daß sich bis jetzt 300 Mitglieder dem Bund angeschlossen haben; eine Mahnung an die Arbeiter, auch ihrerseits für die Ausbreitung der Arbeiter-Organisationen zu wirken.

Torgau. Von einem alten Schwindel erzählt das Kreisblatt: Nicht eine einzelne Person, sondern eine ganze Reihe von kleinen Leuten wurden in dem vorliegenden Falle gerupft. Anfang Januar kam ein Mann mit dem seltenen Namen Müller, angeblich Reisender aus Wittenberg, hier an und bot von Haus zu Haus „Lebensöl" und „Pflaster zum Verkauf an. Die Ware führte er nicht mit, da er nach dem neuen Gesetze, so wenigstens behauptete er, nur Bestellungen annehmen dürfe. Das „Lebensöl" und „Pflaster werde den Bestellern innerhalb 8 Tagen von seiner „Firma" direkt zugehen. Leider haben viele von denen, die nicht alle werden, dem Reisenden und seinem „Lebensöl" mit den wunderbar geheimen Kräften zu großes Vertrauen geschenkt. Müller hat hier ein nettes Sümmchen eingeheimst, von den einzelnen Personen von 60 Pf. bis zu 5 Mk., er läßt aber bis heute vergebens auf das „Lebensöl" worten. Ob der „Firma" das Oel ausgegangen ist?

Salzwedel. Der Kommunalkonflikt ist nunmehr an einen Punkt gelangt, an welchem endlich eine Aenderung des Verhältnisses der beiden städtischen Körperschaften zu einander erfolgen dürfte, denn der Kaiser hat nach der Voss. Ztg. durch den zuständigen Minister einen Bericht über den Konflikt verlangt, der auf dem behördlichen Instanzenweg an ihn gelangen soll. Wie mitgeteilt wurde, hatte die Stadtverordnetenversammlung vor kurzer Zeit das Ersuchen an den Regierungspräsidenten gerichtet, den Bürgermeister Preiß zur Niederlegung seines Amtes zu veranlassen. Der Regierungspräsident antwortete, dem Ersuchen könne, weil diesem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung des Magistrats fehle, nicht stattgegeben werden. Die Stadtverordnetenversammlung aber konnte bisher einen zustimmenden Magistratsbeschluß nicht herbeiführen, weil die Majorität der Ratsmänner auf der Seite des Bürgermeisters war und die Zustimmung einfach abgelehnt hatte. Nun sind aber in der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag für zwei aus dem Magistrat geschiedene Bürgermeisterfreunde zwei Bürgermeisterfeinde als Ratsmänner eingeführt worden, und sofort, gleich in der Sitzung, faßte die Versammlung den Beschluß, nunmehr, da der Erfolg sicher ist, den Magistrat um seine Zustimmung zu der Amtsniederlegung zu ersuchen. Wie es heißt, interessiert sich der Kaiser für die Beilegung des Konflikts aus Anlaß des Kampfes zwischen den beiden jüngst gebildeten Flottenvereinen.

Seehausen i. d. Altm. Der Prinz kommt. Die Sucht vieler naiver Gemüter, hohe und höchste Personen von Angesicht zu Angesicht zu sehen, hat in dem nahen Orte Werben den biederen Bewohnern eine arge Blamage bereitet. Eines Mittags wurde die Besitzerin eines Bauernhofes „überläutet", wie das bei Todesfällen stets üblich. Einem ehrsamen Bürger, der sich den Grund des Läutens nicht zu erklären vermochte, wurde nun von einem Witzbolde auf seine Frage nach der Ursache des Geläutes geantwortet, Prinz Heinrich komme in einer Viertelstunde auf seiner Reise von Berlin nach Kiel die Elbe herab und wolle in Werben zu kurzer Rast anlegen lassen. Diese Mitteilung schien dem Manne nicht so unglaubwürdig. Er hatte von der Rückkehr des Prinzen nach Berlin gelesen und fand es nicht unwahrscheinlich, daß ein Seemann wie Prinz Heinrich wohl den Wasserweg nach Kiel dem Landweg vorziehen könne. Er hatte also nichts Eiligeres zu thun, als seine Nachbarn von dem soeben Gehörten in Kenntnis zu setzen. Wie ein Lauffeuer ging denn die Nachricht bald durch die ganze Stadt. Viele Bewohner eilten nach dem nahen Elbdeich, um die Ankunft des hohen Gastes zu erwarten. Erst als eine geraume Zeit verstrichen und alles Spähen nach dem Gaste und seinem Schiffe vergeblich war, fing man an, Zweifel zu hegen; und als dann auch ein vorübergehender Beamter erklärte, nichts von einem bevorstehenden Besuche des Prinzen Heinrich in Werben zu wissen, war die Schlauge jedem Einzelnen klar. Sie waren die Opfer eines verstrichenen Aprilscherzes geworden, und so schnell es ging, suchte jeder den Deich fehrend in die Stadt zu kommen.

l. **Schkeuditz.** Sitzung des Gewerkschaftskartells. Es wurde beschlossen, eine Statistik aufzustellen, wie viel in Schkeuditz organisierte Arbeiter wohnen, wie viel von den hier vertretenen organisierten Gewerken Arbeiter nicht organisiert sind. Zur Ausarbeitung eines diesbezüglichen Fragebogens wurde eine dreigliederige Kommission gewählt. Ferner wurde beschlossen, den 1. Mai, wo es irgend möglich ist, durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern, früh 9 Uhr findet ein Ausflug und abends eine Festversammlung statt; auch soll dahin gewirkt werden, daß überall, wo es möglich ist, am Vorabend illuminiert wird. Es wurde darüber geklagt, daß die vom Kartell angesetzten öffentlichen Gewerkschafts-Versammlungen so schlecht besucht werden. Jedoch wurde beschlossen, dieselben alle Vierteljahre wie bisher stattfinden zu lassen, mit der Hoffnung, daß dieselben in Zukunft besser besucht würden. Das Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands soll allen Delegierten zugestellt werden. Den ausgesperrten sächsischen Bergleuten sollen 10 M. überwiesen werden. In jeder Sitzung soll abwechselnd ein Delegierter einen kurzen Vortrag über Artikel aus dem Correspondenzblatt oder anderen Zeitungen halten, worüber nachher diskutiert wird. Der Punkt Stellungnahme über Mißstände der Leipziger Ortskasse wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Es wurde noch bekannt gegeben, daß Sonntag, den 18. März, nachmittags 3½ Uhr, in Müllers Lokal eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung stattfindet.

Unschuldigt fehlten: Fabrikarbeiter: Pötzold, Bauarbeiter: Seifert, Metallarbeiter: Fritzsche. Unentschuldigt: Holzarbeiter: Oehlmann, Fabrikarbeiter: Herrmann und Stahn.

Burg bei Magdeburg. Geborstene Ordnungssäule. Der 70 Jahre alte Bankier Fr. Wellenkamp, der sich erschossen hat ein mit Orden und Ehrenämtern gesegneter Mann, hatte ganz enorme Veruntreuungen begangen, Depots unterschlagen, Hunderttausende ihm anvertrauter Spargelder verthan und im Börsenspiel verloren. Ueber den Nachlaß ist Konkurs eröffnet. Die Unterschlagungen usw. datieren schon lange Jahre zurück, selbst Waisengelder hat er nicht geschont. Ermittelt sind bis jetzt 1 700 000 Mark Defizien, die Aktiven sind fast Null. Die Aufregung ist enorm. Wellenkamp war eine Stütze der konservativen Partei und wurde erst beim letzten Ordensfest dekoriert.

Erfurt. Die Schneiderlohnbewegung dürfte jedenfalls gestern ihr Ende erreicht haben. Es haben alle Streikenden mit Ausnahme der Arbeiter der Firma Kühn und zweier kleinerer Meister die Arbeit nach Bewilligung ihrer Forderungen wieder aufgenommen. Es stehen noch 46 Mann aus, doch sind bezüglich der Kühnschen Werkstatt nur noch einige Punkte des Tarifs streitig. Im allgemeinen ist bereits eine Einigung erzielt, man hofft im Laufe des Tages zu einem befriedigenden Resultat zu kommen, dann könnte heute Dienstag mit Ausnahme der zwei kleinen unerheblicheren Geschäfte die Lohnbewegung als beendigt anzusehen sein.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

Auf dem Bahnhof in Naumburg fiel der Kohlenlader Stein von einer Maschine und in die Drehscheibe hinein. Er erlitt einen Schädelbruch. — In der Königsmühle in Merseburg stürzte der Arbeiter Prang so unglücklich, daß der rechte Arm bezw. das Schultergelenk jetzt völlig schimmt ist. — Auf dem Güterbahnhof in Wittenberg kam der Knecht des Fuhrherrn Matthies, Wilhelm Klingner, beim Verladen von Telegraphenleitungsstangen zu Falle und erhielt von einer solchen Stange einen Schlag ins Gesicht, welcher die Nase schwer verletzte und seine Aufnahme in das Krankenhaus notwendig machte. — Gestorben ist der Vorlänter Christ. Kühne in Hettstedt, der am Weihnachtsabend beim Einläuten der Christmette von dem Glöppel der großen Glocke getroffen wurde. Er hinterläßt eine Witwe mit 12 Kindern. — Auf der Straße zwischen Etgersleben und Blecksendorf stach der reisende Schmiedegeselle Wagner seinen Reisegefährten in die Brust. Als er sah, was er angerichtet hatte, suchte er das Blut zu stillen und verband die Wunde mit seinen schmutzigen Fußlappen. Dann brachte er ihn in die Herberge nach Egeln und nahm Reißaus. — Verhaftet wegen des Verdachts, in einer Kuppelei sache einen Meineid geleistet zu haben, wurde in Eisleben die Kellnerin Großhöme. Sie wurde nach Halle ins Untersuchungsgefängnis verbracht.

Erschossen hat sich in Weißenfels in seiner Wohnung der Arbeiter Gustav Thränhardt. Langanhaltende Krankheit soll das Motiv der That sein. — Erhängt hat sich wegen des gleichen Motivs eine Arbeiterfrau in Magdeburg. — In demselben Orte erhängte sich auch ein junger Mann. Die Gründe des Selbstmords kennt man nicht. — Plötzlich gegangen ist der Wiegemeister der Zuckerfabrik in Delitzsch, Bernschneider, weil er befürchtete, verhaftet zu werden. Er hat mit den Rübenlieferanten jahrelang Geschäfte gemacht, indem er ihnen mehr herauswog, als sie rechtmäßig geliefert hatten. Diese sollen ihn wieder dafür entschädigt haben. — In Weißenfels überfielen in der Nacht zum Sonntag gegen 11½ Uhr in der Kleinen Burgstraße zwei halbwüchsige Burschen ein Mädchen, welches sich auf dem Heimwege befand. Sie warfen es nieder, und während der eine ihm den Mund zuhielt, versuchte der andere, es zu vergewaltigen. Einem hinzugekommenen Polizeibeamten gelang es, einen der Burschen festzunehmen, während der andere entfloh. Letzterer wurde gleichfalls verhaftet. — An der Meuschauer Schleuse unweit Merseburg wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Bei den Bohrarbeiten in einem Schachte bei Eisleben wurden dem Bergmann B. drei Finger der rechten Hand gequetscht. — In Wittenberg brach im Schwanenteich der etwa 9jährige Sohn des Arbeiters Walde durch das morsche Eis. Er konnte vor Schreck nicht einmal schreien. Der Schlosser Küster kam ihm zu Hilfe, geriet aber bei dem Rettungswerk selbst in Lebensgefahr, da er selbstverständlich auch einbrach und er durch den Knaben am Schwimmen verhindert wurde. Beide, Retter und Kind, wurden aber durch zwei andere Personen, ohne Schaden genommen zu haben, aufs Trockene gebracht. — Gestorben ist in Krumpa der Arbeiter August Hesse, welcher dieser Tage, wie berichtet, von einem umfallenden Baume getroffen wurde. — Beim Fensterputzen brach einer 28jährigen Frau in Schafstädt das Fenster und ein Glassplitter drang ihr ins rechte Auge.

Aus dem Reiche.

Flensburg. Wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Kappeln, begangen durch die bei der Staatsanwaltschaft erhobene Beschuldigung der widerrechtlichen Aenderung eines Protokolls, ist am 12. Dezember v. J. vom hiesigen Landgerichte der Landmann Johannes Sigismund Meyer in Kappeln zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen.

Hamburg. Im Waschhause des neuen Allgemeinen Krankenhauses ereignete sich heute mittag bei der Dampfzeugmangel eine Explosion des Dampfrohres. Eine Person wurde getötet, vier verletzt.

Görlitz. Ueber das Vermögen des Stadtverordneten und Agenten Adolf Börner wurde der Konkurs eröffnet. Börner verwaltete mehrere beträchtliche Vermögen, die verloren scheinen. Börner selbst liegt in schwerer Krankheit vernehmungsunfähig darnieder. Bis jetzt nimmt man schon einen Verlust von einer halben Million Mark an, doch dürfte sich diese Summe wohl noch wesentlich erhöhen. Die bisherigen Recherchen haben auch ergeben, daß Börner sich der Wechselfälschung schuldig gemacht hatte, dann aber sich von dem betreffenden, dessen Namen er in verbrecherischer Weise gemißbraucht, Blanko-Accepte hatte ausstellen lassen, mit denen er die gefälschten Wechsel wieder an sich brachte.

Vermischtes.

* **Denkmal für die Göttinger Sieben.** Die städtischen Körperschaften von Göttingen haben auf eine Anregung hin aus der Mitte des Bürgervorsteherkollegiums aus Kämmeremitteln die Summe von 600 Mark bereitgestellt, die als Grundstock für die Errichtung eines Monuments zu Ehren der „Göttinger Sieben" bestimmt ist. Die „Göttinger Sieben" sind die sieben Professoren der Universität Göttingen: Albrecht, Dahlmann, Ewald, Gervinus, die beiden Brüder Grimm und Wilhelm Weber, die im Jahre 1837 ihres Amtes aus der alten Georgia Augusta entboben wurden, weil sie gegen den Verfassungsbruch protestiert hatten.

* **Gräßliches Brandunglück.** In Newark in New Jersey brannte ein Mietshaus ab, wobei 40 Personen, meistens Italiener, ihren Tod fanden.

* **Ludolf Parisius,** der frühere freisinnige Reichstags- und Landtagsabgeordnete, ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

* **Versuche mit der drahtlosen Telegraphie** fanden, wie aus Brüssel depeschiert wird, am Sonntag im königlichen Palast in Gegenwart Marconis statt. Der König der Belgier, Prinz Albert und eine ganze Reihe hochgestellter Persönlichkeiten wohnten den Versuchen bei, welche vollständig glückten. Der König sprach seine Befriedigung aus und versicherte den Erfinder seiner persönlichen Unterstützung zur Annahme des Systems in der belgischen Armee.

Eingesandt.

Am Donnerstag finden für die hiesige Ortskrankenkasse der Metallarbeiter die Vertreter-Wahlen statt. Die Kollegen sind verpflichtet, nur organisierte Kollegen als Vertreter zu wählen. Bei der großen Bedeutung, welche eine wohlgeleitete Ortskrankenkasse für das Wohl und Wehe ihrer Mitglieder bildet, müssen es die Kollegen für ihre Pflicht erachten, bestimmenden Einfluß auf die Leitung der Kasse zu gewinnen. Ferner muß berücksichtigt werden, daß die Vertreter den Vorstand zu wählen haben, dessen geeignete Zusammensetzung die Gewähr einer gedeihlichen Entwicklung der Kasse bildet, um in jeder Richtung die Interessen ihrer Mitglieder zu fördern.

Andererseits wählen die Vorstände der Krankenkassen wieder die Vertreter der Arbeiter zum Reichsversicherungsamt.

Zudem giebt es in dieser Kasse viel zu reformieren. Es ist vorgekommen, daß man Mitglieder noch monatelang zu dem Heilgehilfen Richter schickte, obgleich derselbe schon lange nicht mehr für die Kasse thätig ist. Deshalb müssen die Metallarbeiter sich zahlreich zu der Vertreterwahl einfinden.

F. Sch.

Zur Erwiderung

über den Unglücksfall der Ehefrau Stutzinger, daß nicht der Arbeiter Wilhelm Tölcke der Lebensretter war, sondern der Arbeiter Otto Leisring vom Kuttelhof 3.

Walther Bernhardt, Bauarbeiter.

Briefkasten der Redaktion.

E. W. Herr Musikdirektor Seeger hat nicht gewählt.

F. Pl. Wenn der Staatsanwalt Anklage gegen den Betreffenden erhebt, bedarf ihre Schwester keines Rechtsanwalts. Schreitet jedoch der Staatsanwalt nicht ein und es kommt lediglich zur Privatklage, dann ist in dem angeführten Falle ein Rechtsanwalt unbedingt nötig.

A. B. in B. Natürlich muß die Frau erst die Scheidung bewirkt haben, ehe sie sich anderweit verheiraten darf. Sie setzt sich sonst der Gefahr aus, mit ein bis fünf Jahren Zuchthaus bestraft zu werden.

Stenographie. Da Sie in Ihrem Eingesandt nicht angegeben haben, wo der Unterricht in Stenotachygraphie stattfindet, fehlt das Wichtigste.

W. Kr. Nein, Sie dürfen den Betrag nicht ohne weiteres von der Miete abziehen. Sie können es jedoch versuchen. Läßt er es sich gefallen, dann gut. — Sie haben das Recht, den Wirt auf Erfüllung des Vertrags zu verklagen und ihn für die aus der Nichterfüllung Ihnen erwachsenen Unkosten haftbar zu machen.

Quittung.

Für die östreichischen Kohlenarbeiter:

Bitterfeld. Durch Gustav Schnürpel 41 Mark.

Für die mitteldeutschen Bergleute:

Bitterfeld. Durch Gustav Schnürpel 10 Mark.

Handschuhmacherversammlung 2.10 Mk.

Delitzsch. Von einem armen Teufel 3 Mark.

Berichtigung. Die in der Dienstag-Nummer aus Lissen-Osterfeld quittierten 2.80 Mk. und 0.65 Mk. waren nicht für Parteizwecke, sondern für die Bergleute bestimmt.

Güldenberg.

Polnischer Verein Brüderliche Hilfe 3 Mark. Schade.

Teuchern. Von G. B. 50 Pfg. Für das schöne Gedicht den Bergleuten ins Stammbuch 50 Pfg. Von A. B. T., 4. Rate, 50 Pfg. Von Robert 60 Pfg. Von O. F. 25 Pfg.

Otto.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,

Geiststraße 21, 1. Hof rechts.

Geöffnet von 9½—1½ und 4—8 Uhr.

Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht sowie über das Fabrikinspektorat u. s. w.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000314-14/fragment/page=0003

März-Feier

Sonntag den 18. März abends 7 Uhr in:

Halle a. S., Osborgs Bellevue, Lindenstraße.
Giebichenstein, Burgtheater, Hohestraße.
Nietleben, Gasthaus zur Sonne (Herr Cluß).
Lettin, Gasthaus zur Erholung (Ww. Zachäus).

Programms sind bei den bekannten Parteigenossen zu entnehmen.

Der Vertrauensmann für Halle und den Saalkreis.

Arbeiterfortbildungs-Verein Weißenfels.

Zu dem am **Sonntag den 18. März von nachm. 4 Uhr an in der „Zentralhalle"** stattfindenden

9. Stiftungsfeste,

bestehend in **Gesangskonzert und Ball**, ladet ein Der Vorstand.

Neu! Transferier-Automat,

das Neueste des 19. Jahrhundert, zu besichtigen.
Brands Restaurant, Mittelstraße 7.

Restaurant-Eröffnung.

Unsern werten Nachbarn, Freunden und Bekannten zur gefl. Nachricht, daß wir **Krausenstraße 4** ein

Restaurant eröffnet haben.

Für gute Speisen und Getränke werden wir stets Sorge tragen und bitten um gütigen Zuspruch. Hochachtungvoll
J. Graw und Frau.

Schladitz-Räder.

Halle a. S.
C. Wurmstich, 4. Merseburgerstraße 4.

Soeben Waggonladung **Schladitz-Räder. Modell 1900,** als erste Lieferung angekommen, empfehle dieselben in jeder Preislage. **Schladitz-Räder** haben bekanntlich den größten Ruf und sind hier und in der Umgegend sehr eingeführt. Durch den großen Abschluß und Erhaltung der Bahn- 2c. Kosten bin ich in der Lage, die größten Vorteile beim Kauf zu gewähren. Mein Lager steht auch Nichtkäufern zur Besichtigung gern frei.

Achtung!

Nur Kl. Ulrichstr. 18 a., 1. Etage,
kauft man zu den denkbar billigsten Preisen neue

Möbel,

Spiegel, Polsterwaren, Federbetten und Kinderwagen.

Kleiderschränke 24 M., Vertikows 35 M., Sofas 34 M., Pfeilerspiegel 9 M., Tische 8 M., Stühle 3 M., Spiegel 2 M., Kommoden 18 M., Bettstellen 10 M., Matratzen 18 M.,
Federbetten Ober-, Unterbett und Kissen **15 M.**
Gr. Posten Kinderwagen
um schnell zu räumen zu wirklich staunend billigen Preisen.
S. Roseeberg, Kl. Ulrichstr. 18a, 1. Etage.

---

ff. Speisekartoffeln

in Zentnern und im einzelnen hat billigst abzugeben
Otto Meyer, Trotha, „Granate".

Roßfleisch!

hochfein, nur bei
H. Böhlert,
Telephon Nr. 900.

Achtung! Achtung!

Sämtl. **Böttcher-Arbeiten** werden angenommen und prompt ausgeführt.
Zeitz, Neumarkt 13.

Sämtl. Blumen- und Gemüse-Sämereien
neuer Ernte
empfiehlt billigst
Felix Sioli
Giebichenstein
Große Brunnenstraße 2.

Neue u. gebrauchte Möbel.

Divans in Plüsch und Stoff, einfache Sofas, Kleider-Sekretäre und Vertikows, Stegtische, ganze Wirtschaften in neuen und gebrauchten Möbeln verkauft zu allerbilligsten Preisen.

Max Jungblut,
Georgstraße 3.

Panama-Spähne,

Quillaya oder Seifenrinde, bestes Mittel zum Waschen zartfarbiger Stoffe, empfiehlt
Otto Kramer,
Droguen- und Farben-Handlung,
Mittelwache 9.

Privat-Leihamt Alter Markt 30.

Arbeit.-B.-V., Halle

Donnerstag 15. März abends 8½ Uhr i. Engl. Hof **Kursusabend f. Buchführung.** Zuvor Besprechung über Regelung d. Kurs. (2 × pro Woche). Alle Teilneh. pünktl. erich.

Freunde und Gönner der Turnkunst werden gebeten, behufs Gründung eines

Arbeiter-Turn-Vereins
für Trotha und Giebichenstein,

Sonnabend den 17. März abends 8½ Uhr in der Sachsenburg zu Trotha zu erscheinen.

Mehrere Turner.

Naturheilverein Zeitz.

Sonnabend d. 17. März abends 8½ Uhr im Lokal des Hrn. Wagner, Schützenstr.,

Vortrag

von Herrn **G. Martin-Zschomler** aus Leipzig über:

Nervenleiden.

Nichtmitglieder 20 Pf.
Die Monats-Versammlung fällt diesmal aus.
Der Vorstand.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**
Mittwoch den 14. März 1900
179. Vorst. im P.-A. 59. Vorst. auß. Abonn.
3. Viertel.
Nochmaliges Gastspiel des Schlierseer Bauerntheaters.

Der Protzenbauer.

Volksstück mit Gesang v. Anzengruber.

Donnerstag den 15. März 1900 abends 7½ Uhr
180. Vorst. im P.-A. 121 Abonn.-Vorst.
4. Viertel. Farbe: **weiß.**

Der fliegende Holländer.

Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Thalia-Theater.

Mittwoch den 14. März 1900
Der Veilchenfresser.
Donnerstag den 15. März 1900
Erstes Gastspiel des
Wiener Soubretten-Theater.
Bühne ohne Männer.
Direktion **Gothov Grünecke.**
Die überlistete Scharwache.
Im Reiche des Johs.
Ein Studentenstreich.

---

2 Sofas, wenig gebraucht, **und verschiedene Spiegel bill. zu verkaufen. Leffingstraße 36.**

Walhalla-Theater.

Direktion: **Richard Hubert.**
Täglich
große Spezialitäten-Vorstellung.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

APOLLO-THEATER

Direktion: Fr. Wiehle.

Kolossale Heiterkeit

erregt jeden Abend
Paul Halway
der urkomische Musik-Clown.
Salwing und Ricardo. — Paul und Virginie. — Patty Frank-Troupe. — Arone u. Campton. — Banzer. — Elsa de Planque. — de Hnay.

Gasthof Roter Adler, Trotha

Mittwoch den 14. März
gr. Narrenabend.
ff. Plankuchen.
Kappen gratis. Kappen gratis.
Hierzu ladet freundlichst ein
Fr. Liebig, Gastwirt.

Mittwoch
Schlachte-Fest.
Siegel,
Jakobstraße 42.
Früh 7½ Uhr **Wellfleisch.** Nachm. div. **feine Leber- u. Rotwurst.**
Räuchern wird angenommen.

„Taxameter", Mittelstr. 18.

Mittwoch den 14. März 1900
Familien-Abend.
Es ladet erg. ein **August Brandt.**

Farben,
trocken und in Oel gerieben,
Firniss, Lacke, Leim, Pinsel, Kreide etc.
empfiehlt alle Sorten
Felix Sioli
Giebichenstein.

Gekauft

werden stets **Möbel jed. Art, Laden-, Kontor- und Restaurationseinrichtungen, Geldschränke, Pianinos** 2c.
Friedrich Pelleke, Geisstr. 25.

Eine hochtragende Ziege

steht zum Verkauf bei
Oskar Pitzing, Zetzsch.

Kartoffeln wegen Umzug spottbillig zu verkaufen **Harz 11** im Keller.

Wer Kenner ist, raucht Nr. 52.

Das Beste in einer 5 Pfennig-Preislage.
Zu haben bei
Fritz Grimm, Zigarren-Spezialgeschäft,
Glauchaerstr. 76.

Konfirmanden-Hüte,

gute Qualitäten zu billigsten Preisen.
C. G. Nicolai
Leipzigerstraße 13.

Verzinktes Drahtgeflecht
in **allen Größen** empfiehlt
Paul Schneider, Merseburgerstraße 4.

Wasch-Maschinen, Waschböcke, Waschgefäße, Klammern, Waschbretter empf. Albrechtstraße 23.

Großer Nutzen

jedem, der Prospekt verlangt von dem Hause **„Zur rechten Zeit" La Chaux-de-fonds, Schweiz.**

Leichter Nebenverdienst für Damen und Herren. **(B. 560 y.)**
Unentbehrlicher Artikel.

Einen Schneidergesellen auf Woche

sucht **Unger,** Anhalterstraße 15.

Drechsler- u. Holzbildhauerlehrl.
Ostern ges. **O. Schurig,** Alter Markt 24.

Ein **Ostermädchen** wird zu mieten gesucht
Gasthof zum deutschen Kaiser, Aue.

---

5 Mädchen

werden für eine **größere Zündholzfabrik** im **Harz** bei gutem Lohn gesucht. Meldungen beim Inspektor **Mauss.** Merseburgerstr. 50.

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Tode und Begräbnisse meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sagen allen unsern innigsten Dank.
Rasberg den 12. März 1900.
Karl Schmidt u. Kinder.

Sonntag den 11. März nachmittags 4 Uhr verschied plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager der Maler **Karl Klemm.**
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Margarethe Klemm geb. Deutschbein.
Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 4 Uhr von der Nervenklinik aus statt.

Preis: 10 Pfennig.

Sozialdemokratische Marinebilder.

Preis: 10 Pfennig.

Die Broschüre ist von **Parvus** verfaßt, **die Illustrationen sind von einem hervorragenden Zeichner gefertigt.** Sie wendet sich in ihrer Anlage wie in ihrer ganzen Ausführung an die **Massen.** Im Umfange von einem Bogen — darunter acht Seiten Zeichnungen — übt sie Kritik an den Marinerüstungen, deckt die Wandlungen der bürgerlichen Parteien, besonders den **Verrat des Zentrums und der Freisinnigen,** auf und hebt den sozialdemokratischen Standpunkt hervor. Sie ist klar, für jeden verständlich und agitatorisch gehalten wie ein Flugblatt. Die Zeichnungen, von einem trefflichen Künstler ausgeführt, verspotten die Redensarten der Flottenschwärmer. Ihr Inhalt ist:

1. Weltmachtsreden-Automat
2. Platz an der Sonne
3. Gepanzerte Faust
4. Beschäftigung für Arbeitslose
5. Das Zentrum und die Marineforderungen
6. Des deutschen Steuerzahlers Erdenwallen.

Zu haben in der

Volksbuchhandlung, Rannischestraße 3.

NB. Alle Expedienten und Austräger nehmen Bestellungen entgegen.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000314-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 61 — Halle a. S., Mittwoch den 14. März 1900 — 11. Jahrg.

Das politische Erwachen der englischen Arbeiterschaft

scheint einen kleinen Fortschritt gemacht zu haben. Die Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament wurde von dem letzten englischen Gewerkschaftskongreß nicht als ausreichend befunden und es wurde beschlossen, zur Erörterung dieser Angelegenheit einen besonderen Kongreß einzuberufen. Derselbe trat Ende v. Mts. in London zusammen. Vertreten war der linke Flügel der Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Vereinigungen. Die Genossenschaften hatten abgelagt, weil ihr Kongreß sich mit der Sache noch nicht befaßt hatte. Hinsichtlich der Personen, welche die Arbeiter im Parlament vertreten sollen, wurde beschlossen:

„Diese Konferenz ist dafür, daß die Ansichten der Arbeiterklasse im Unterhause durch Männer vertreten werden, welche mit den Zielen und Bestrebungen der Arbeiterbewegung sympathisieren und deren Kandidaturen von der einen oder anderen der an dieser Konferenz beteiligten organisierten Bewegungen gefördert werden."

Eine Resolution, welche eine eigene auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Arbeiterpartei forderte, fand wenig Anklang. Dagegen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Diese Konferenz ist für Schaffung einer besonderen Arbeitergruppe im Parlamente, welche ihren eigenen Einpeitscher haben und sich über ihre eigene Politik verständigen soll. Sie soll auch bereit sein, mit jeder Partei zu kooperieren, welche zu dem betreffenden Zeitpunkte eine Gesetzgebung fördert, welche den unmittelbaren Interessen der Arbeiter entspricht, und sie soll auch ebenso einer Partei opponieren, deren gesetzgeberische Maßregeln eine entgegengesetzte Tendenz haben. Außerdem sollen die Kandidaten der Arbeitergruppe keinem Kandidaten opponieren, dessen Kandidatur nach den Bestimmungen der ersten Resolution gutgeheißen ist."

Dann wurde eine dritte Resolution angenommen, welche bestimmt, daß die Konferenz einen Vollziehungsausschuß wählt, der aus zwölf Mitgliedern bestehen soll, von denen die Trade Unions sieben Mitglieder ernennen, die Fabianische Gesellschaft ein Mitglied, die „Independent Labour Party" und die „Social Democratic Federation" je zwei Mitglieder. — Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, einen Vollziehungsausschuß einzusetzen, und die betreffenden Wahlen wurden auch alsbald vorgenommen. Zum Sekretär wurde das Londoner Mitglied „Independent Labour Party", Genosse J. R. Macdonald, gewählt.

Die Pflichten des Vollziehungs-Ausschusses sind: Fühlung mit den Gewerkschaften und anderen nationalen und lokalen Organisationen zu unterhalten, die Arbeiterkandidaturen betreiben, und alljährlich im Monat Februar eine Arbeitervertretungs-Konferenz einzuberufen. Ferner soll er alljährlich dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß und den in seinem Schoß vertretenen Organisationen Bericht erstatten bezw. ihre Meinungen einholen. Bei Wahlen soll er eine Liste von Kandidaten aufstellen, die in Uebereinstimmung mit den in der Programm-Resolution niedergelegten Grundsätzen aufgestellt sind, diese Liste als die der offiziellen Kandidaten der vereinten Arbeiterpartei veröffentlichen und den Arbeiterwählern die Unterstützung dieser Kandidaten anempfehlen.

Jede dem Bund angehörige Organisation soll für je 1000 Mitglieder 10 Schilling jährlich in die Bundeskasse zahlen und die Kosten der von ihr aufgestellten Kandidaten selbst aufbringen.

Zur nächsten, den Bund oder die Partei endgiltig konstituierenden Konferenz sollen auch die Gewerkschaftskartelle (Trades Councils) sowie die Genossenschaften eingeladen werden. Die Vertretung soll nach dem Prinzip von je ein Delegierter für jede 25 000 Mitglieder geregelt werden. Zu den Kosten der Konferenz sollen für jede 25 000 Mitglieder und darunter 5 Pfd. Sterling gezahlt werden.

Die Ergebnisse dieser Konferenz finden in den verschiedenen deutschen Zeitungen eine ganz verschiedene Beurteilung. Während die einen das praktische Ergebnis gleich Null einschätzen und erwarten, daß die alte politische Drahtzieherei auch noch ferner die Politik der englischen Arbeiter beherrschen wird, versprechen andere sich von der neuen Organisation sehr viel. Die sozialdemokratische englische Justice schreibt:

„Der Tag der Emanzipation der Arbeit ist noch nicht angebrochen, obgleich es sein kann, daß diese Konferenz, in welcher die Emanzipation der Arbeit als utopistisch verlacht wurde, ein kleines dazu beigetragen habe, den Tagesanbruch zu beschleunigen."

Der Vorwärts fällt folgendes Urteil:

„Welche Aussichten die neue Partei hat, läßt sich schwer voraussagen. Unter den Teilnehmern der Konferenz giebt man sich in dieser Hinsicht keinen übermäßigen Erwartungen hin. Der Glaube an politische Wunder ist völlig verschwunden. Man weiß, daß zur Bildung einer wirklichen Arbeiterpartei eben doch nur erst ein erster Schritt geschehen ist. Aber man freut sich dieses Schrittes und hofft, daß schon die Thatsache eines Bundesvertrages zwischen den verschiedenen Kadres der Arbeiterbewegung ihre wohlthätige Wirkung nicht verfehlen, manches heute noch bestehende Mißtrauen besiegen und vielen das geschwundene Vertrauen in die eigne Sache von neuem einflößen wird. In der That ist das nächste, was man von der heute geschaffenen Verbindung zu erwarten berechtigt ist, eine stärkere moralische Rückwirkung auf die öffentliche Meinung der Arbeiterdemokratie. Und wenn sich dies erfüllt, so wird auch der materielle Erfolg nicht ausbleiben.

Der Londoner Korrespondent der Frankf. Ztg. meint, der Beschluß über die jährlichen gemeinsamen Kongresse verhüte die völlige Spaltung der Trade Unions in eine politisch vorgeschrittene und eine mehr konservative oder politisch indifferente Gruppe mit eigenen Jahres-Kongressen. Die Abstimmung habe gezeigt, daß man trotz der Erfolge des neuen Trade Unionismus sich mit dem alten Trade Unionismus doch immer noch einig fühlte und es scheine, als ob diese Einigkeit auch Bestand haben werde.

Dagegen kommt die über die englische Arbeiterbewegung stets gut unterrichtete Berliner Volksztg. zu dem Resultat, daß „der Kongreß nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als die vollendete Spaltung der Unions und das Anwachsen der erklärten englischen Sozialdemokratie von 23 000 auf eine halbe Million Mitglieder.

Diese verschiedenen Ansichten über die Ergebnisse des Kongresses zeigen, wie schwer es ist, über denselben ein ausreichendes Urteil zu fällen. Man wird daher am besten thun, ruhig die weitere Entwickelung der englischen Arbeiterbewegung abzuwarten. Vielleicht wird der Burenkrieg zu einer Ausdehnung der Wehrpflicht und zu einer stärkeren Belastung der Massen, auf deren Schultern die Kriegslasten abgewälzt werden dürften, führen. Auch ist der Imperialismus der herrschenden Klassen ein natürlicher Feind demokratischer Regierungsformen, die in den Arbeitern ihre festesten Vertreter haben. Es ist also nicht unwahrscheinlich, daß diese Umstände das Erwachen der englischen Arbeiter zum politischen Selbstbewußtsein beschleunigen werden.

Deutscher Reichstag.

165. Sitzung.

Montag, den 12. März 1900. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Thielmann, Dr. Koch.

Nach debattelosser Erledigung einiger Rechnungssachen beginnt die 2. Lesung des

Münzgesetzes.

Artikel I bestimmt, daß goldne Fünfmarkstücke auf Anordnung des Bundesrats mit einer Einlösungsfrist von einem Jahre außer Kurs zu setzen sind.

Damit wird die Beratung folgender Resolution der Kommission verbunden: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Neuausprägung von Reichsgoldmünzen auf eine vermehrte Ausprägung von Kronen hinzuwirken."

Gleichzeitig damit wird Artikel 4a beraten, nach dem der Gesamtbetrag der Reichssilbermünzen bis auf weiteres 15 Mark (Regierungsvorlage 14 M.) für den Kopf der Bevölkerung nicht überschreiten soll, und bei der Neuprägung dieser Münzen Landessilbermünzen (Thaler) insoweit einzuziehen und zu veräußern sind, als die hierdurch entstehenden Verluste in dem aus den Neuprägungen sich ergebenden Münzgewinne Deckung finden.

Nach Antrag Herold (Zentr.) sind „Landessilbermünzen insoweit einzuziehen, als solche für die Neuprägung und deren Kosten erforderlich sind."

Der Abg. Schwarze (Zentr.) endlich hatte beantragt „zur Verprägung dieser Münzen Silberbarren anzukaufen." Er zieht diesen Antrag jedoch zurück.

Abg. Dr. **Arendt** (Reichsp.): Die Resolution ist in der Kommission nur mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. Das Zehn-Mark-Stück ist gewiß ein beliebtes Goldstück, aber nur für die wohlhabenden Leute. Zu Lohnzahlungen an die Arbeiter ist es nicht geeignet. Die Neuausprägung von Goldstücken würde auch den Goldbestand der Reichsbank vermindern und damit zu Diskonterhöhungen führen. Ich bedauere, daß der Antrag Schwarz zurückgezogen ist. Ich bitte den Herrn Präsidenten, den Antrag als von mir wieder aufgenommen zu betrachten.

Abg. **Rettich** (kons.) spricht Bedenken gegen die Beseitigung der Thaler aus.

Abg. **Herold** (Zentr.): Was die Thaler anlangt, so meinen wir, daß sie in unser heutiges Münzsystem nicht mehr hineinpassen. Unser Antrag bezweckt, den jetzigen Silberbestand unverändert zu belassen. Mein Fraktionsgenosse Schwarz hat seinen Antrag deshalb zurückgezogen, weil die Regierung nicht für den Antrag zu haben ist.

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Thielmann** bittet den Antrag Herold abzulehnen, da er keine Verbesserung der Vorlage bedeute, desgleichen den von Herrn Arendt aufgenommenen Antrag, der das Prinzip der Vorlage vollkommen umstürze.

Abg. **Schönlank** (Soz.): Meine Freunde geben dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung, weil er die Möglichkeit giebt, von der hinkenden zur reinen Goldwährung zu gelangen. Bei Artikel IV ist uns zwar dir Regierungsvorlage lieber, da aber der Antrag nichts am Geiste des Gesetz ändert, werden wir ihm zustimmen.

Abg. **Büsing** (natl.): Die Resolution ist in der Kommission beschlossen, weil eine große Zahl Handelskammern eine Vermehrung der Zehnmarkstücke wünscht. Was die Einziehung der Thaler anlangt, so soll das Gesetz den gegenwärtigen Prozeß nur etwas beschleunigen. Auch meine Freunde haben nichts gegen den Antrag Herold einzuwenden und werden für Artikel IV in der von ihm vorgeschlagenen Fassung stimmen.

Reichsbankpräsident **Koch** tritt der Behauptung des Abg. Arendt gegenüber, daß die 2 und 5 Mark-Stücke unbeliebt seien.

Abg. Frhr. **v. Schele-Wunsdorf** (Welfe) wünscht die Schaffung eines 25 Pfennig-Stückes. Er bittet den Antrag Arendt anzunehmen oder das Gesetz abzulehnen.

Abg. **Broemel** (Freis. Vgg.): Wir stimmen gegen den Antrag Herold. Wird er aber angenommen, so stimmen wir deswegen nicht gegen das ganze Gesetz.

Abg. **v. Kardorff** (Np.): Der kleine Mann wird durch die Vorlage geschädigt. Herr Büsing sagte, die Goldwährung habe sich bewährt. Es ist aber mitten im Frieden das Bankdiskont auf 7 Prozent gestiegen. Wir werden natürlich auch für den Antrag Herold stimmen, der immerhin eine Verbesserung der Vorlage bedeutet.

Abg. **Kirsch** (Zentr.) wünscht statt der vermehrten Ausprägung von Fünfmarkstücken mehr Zweimarkstücke.

Abg. Dr. **Hahn** (wildk.) polemisiert gegen die Bankpolitik des Reichsbankpräsidenten. Die Diskontopolitik der Reichsbank ist total verkehrt.

Die Diskussion wird geschlossen. Die Abstimmung über Artikel I und IV wird auf Vorschlag des Präsidenten Grafen Ballestrem verschoben. Ebenso wird die Abstimmung über die Artikel II und III (Außerkurssetzung der silbernen und Nickel-Zwanzigpfennigstücke, ersteres nicht vor dem 1. Januar 1902, letzteres nicht vor dem 1. Januar 1903), zu denen niemand das Wort verlangt, ausgesetzt.

Hierauf beantragt

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) folgenden

Art. IVa: „Niemand ist verpflichtet, silberne Fünfmarkstücke im Betrage von mehr als 1000 M. und die übrigen Reichssilbermünzen im Betrage von mehr als 50 M. in Zahlung zu nehmen."

Abg. Dr. **Arendt** (Reichsp.): Der Antrag soll meinen Freunden vor allem Gelegenheit geben, die Währungsfrage auch nach Zustandekommen des Gesetzes in Fluß zu erhalten. Bei Annahme des Artikels IV unter Zurückweisung meines Antrages beantrage ich, diesen Artikel IVa an die Kommission zurück zu weisen.

Die Abstimmung wird ausgesetzt, ebenso über Art. II.

Artikel VI ist von der Kommission neu eingefügt worden:

„Der Artikel 11 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 (Die Befugnis, Silbermünzen als Denkmünzen auszuprägen, erlischt mit dem 31. Dezember 1873) ist aufgehoben."

Dem Artikel III, § 2 dieses Gesetzes wird folgender Absatz 2 beigefügt: „Der Bundesrat wird ermächtigt, Fünfmarkstücke und Zweimarkstücke als Denkmünzen in anderer Prägung herstellen zu lassen."

Abg. **Fischbeck** (Freis. Volksp.) hält es für bedenklich, dem Bundesrat diese Vollmacht zu geben. Es liegt die Gefahr vor, daß solche Denkmünzen nicht nur bei großen nationalen Anlässen, sondern bei jeder möglichen Gelegenheit ausgeprägt werden.

Abg. **Kirsch** (Zentr.) hofft, daß solche Denkmünzen nur bei großen nationalen Ereignissen ausgeprägt werden.

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Thielmann** bittet, den ersten Absatz des Kommissionsbeschlusses nicht anzunehmen.

Abg. **Gamp** (Reichsp.) wünscht, daß Denkmünzen mit dem Bild des Kaisers Friedrich geprägt werden. Finanziell würde das Reich gut dabei wegkommen.

Damit schließt die Diskussion. Die Petitionen werden durch die vorangegangene Debatte für erledigt erklärt. Sämtliche Abstimmungen bleiben ausgesetzt.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (Rechnungssachen, dritte Beratung der lex Heinze, die heute ausgesetzten Abstimmungen über das Münzgesetz).

Schluß: 5 Uhr.

Erster allgemeiner deutscher Kellner-Kongreß.

Vom Dienstag bis Freitag hat in Berlin der erste allgemeine Kellner-Kongreß getagt, der von allen deutschen Kellner-Organisationen ohne Unterschied der Richtung mit mehr als 200 Delegierten beschickt war. Lamprecht-Berlin begrüßte die Delegierten. Es gelte jetzt, die Wünsche der Gastwirtsgehilfen darzulegen, dabei alles Trennende zu vergessen und nur das Einigende zu betonen. Als Leiter des Kongresses wurden gewählt: Lamprecht-Berlin, Klein-Frankfurt a. M., Zillmann-Hamburg und Grethe-Berlin.

Lamprecht teilte mit, daß an verschiedene Behörden und Vertreter politischer Parteien Einladungen zur Teilnahme am Kongreß ergangen sind. Der Handelsminister hat geantwortet: Die Geschäftslage gestatte nicht, einen Vertreter zu entsenden. Der Staatssekretär lehnt die Teilnahme mit Rücksicht auf die Lage der Dienstgeschäfte ab. (Hört! hört!) Der Präsident des Reichs-Gesundheitsamtes spricht seinen Dank für die Einladung aus, er könne wegen dienstlicher Belastung einen Vertreter zum Kongreß nicht entsenden, würde aber mit Dank das Protokoll der Verhandlungen entgegen nehmen. (Auf: Wir sind ja auch keine notleidenden Agrarier!) Der Vorsitzende der Reichskommission für Arbeiterstatistik antwortet, er sei nicht in der Lage, einen Vertreter zu senden. Eine an die Freisinnige Vereinigung gerichtete Einladung beantwortete Richard Röricke dahin, er könne zu seinem Bedauern nicht an den Verhandlungen teilnehmen, weil er zur Zeit anderweitig dringend beschäftigt sei, er werde aber einen seiner politischen Freunde zur Teilnahme zu veranlassen suchen. Der Welfe Freiherr von Hodenberg schrieb, er werde dem Kongreß, so weit es seine Zeit erlaubt, gerne als Zuhörer beiwohnen. Seitens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion waren die Abgeordneten Molkenbuhr, Thiele und Zubeil als Vertreter entsandt. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands war durch Legien, die Berliner Gewerkschaftskommission durch Link vertreten.

Als erste Referenten berichten Poetsch-Berlin und Molby-Posen über Arbeitszeit und Hausordnungen. Ihre Anträge, die auf scharfe Verurteilung der ungenügenden Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik hinauslaufen und neben besserer gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit (Zwölfstundentag) auch staatliche Inspektion der Gastwirtschaften verlangen, werden fast einstimmig angenommen.

Zur Trinkgelderfrage, so wurde festgestellt, seien wohl alle Kellner ohne Ausnahme darüber einig, daß das Trinkgeld etwas Unwürdiges, Unmoralisches und Erniedrigendes für sie sei und daß als zu erstrebendes Ziel die vollständige Beseitigung des Trinkgeldes betrachtet werden müsse. (Lebhafter Beifall.) Mit der Trinkgelderage stehe die Lohnfrage im engsten Zusammenhange. Das Trinkgeldgeben gehe seit Jahren zurück, da das Publikum, in der richtigen Erkenntnis, daß es nicht verpflichtet sei, die Angestellten des Unternehmers zu besolden, mit dem Darreichen von Trinkgeldern mehr und mehr aufhöre. Ferner verhindere das Trinkgeld ein kameradschaftliches Gefühl unter den Gehilfen, weil einer in dem andern seinen Konkurrenten erblickt. Die Lösung der schwierigen Frage liege allein in den Händen der Trinkgeldgeber — der Gäste. Die angenommene Resolution schließt mit einem Appell an die Besucher der Gastwirtschaften, dahin zu wirken, daß in den Wirtschaften, in welchen sie verkehren, der von den Gehilfen aufgestellte Lohnsatz anerkannt wird.

Ueber das Lehrlingswesen im Gastwirtsgewerbe referierte Heinsen-Dresden: Redner verlangt, daß die Nachtarbeit der Lehrlinge unter allen Umständen gesetzlich verboten werde, denn nach 10 Uhr abends kann der Lehrling doch nichts mehr lernen. Daß die Nachtarbeit in hohem Grad die Gesundheit der jungen Leute schädige, beweise schon der Umstand, daß nur sehr wenige Gastwirtsgehilfen zum Militär brauchbar sind. Mit Rücksicht auf die mangelhafte Volksschulbildung fordern wir, daß der Lehrling die Fortbildungsschule während seiner dreijährigen Lehrzeit regelmäßig besucht. Wer nach der Konfirmation ein Jahr lang die Handelsschule besucht hat, soll nur zwei Jahre lernen. Nach den Erhebungen von 1893 zahlten ein Drittel aller Gastwirtslehrlinge Lehrgeld. Das ist ganz unberechtigt und müßte unterlagt werden. Wo Kellerinnen gehalten werden, kann ein Lehrling überhaupt nichts lernen. Für solche Betriebe sollte das Halten von Lehrlingen unterlagt werden. — Die Zahl der in einem Betriebe zu haltenden Lehrlinge müßte gemäß der Zahl der beschäftigten Gehilfen festgesetzt werden. Mehr als drei Lehrlinge sollten in keinem Betriebe gehalten werden. Ich bin auch dafür, daß jugendliche Arbeiter und Lehrlinge im Gastwirtsgewerbe nicht länger als 10 Stunden beschäftigt werden. Was wir hinsichtlich der Lehrlingsfrage fordern, gilt auch für die Kochlehrlinge, wenn auch die Köche glauben, sie seien Künstler und hätten nicht nötig, sich um unsere Bestrebungen zu kümmern. Redner empfiehlt eine Resolution, die sich mit seinem Referat deckt.

Die Diskussion über diesen Punkt war eine sehr ausgedehnte. Die Redner führten ein reiches Thatsachenmaterial an, aus dem hervorgeht, daß die Ausbeutung der Kellnerlehrlinge eine ganz horrende ist. Unter anderem wurde hervorgehoben, daß es auf Bahnhofsrestaurationen, namentlich in Süddeutschland, die hauptsächlichste Aufgabe der Lehrlinge sei, mit Speisen und Getränken vor den ankommenden Zügen entlang zu laufen und die Waren anzupreisen. In Restaurants werde der Lehrling oft nur mit Hundedienstgeschäften beschäftigt, die sonst nur von Hausdienern gemacht werden, so daß also von einer Ausbildung des jungen Mannes keine Rede sei. In Nürnberg resp. in Mittelfranken soll — nach der Angabe des Nürnberger Delegierten — das Lehrlingswesen besser geregelt sein, als in Norddeutschland. Großen Widerspruch erregten die Ausführungen des Delegierten Schulze-Halle. Derselbe protestierte dagegen, daß man den Wirten den Vorwurf in's Gesicht schleudere, sie beuteten die Lehrlinge aus. Von der Abschaffung des Lehrgeldes will der Redner nichts wissen, auch ist er nicht für ein Verbot der Nachtarbeit der Lehrlinge. Es genüge, wenn die jungen Leute eine bestimmte Ruhezeit haben, dieselbe brauche aber nicht um 10 Uhr abends einzutreten. Von anderer Seite wurde bemerkt, eine gesetzliche Beschränkung der Lehrlingshaltung würde keinen Erfolg haben, weil es ja den Unternehmern nicht verwehrt werden könne, statt der Lehrlinge jugendliche Arbeiter einzustellen. Weiter wurde bemerkt, daß eine Lehrzeit von drei Jahren, wie sie von manchen Rednern gefordert wurde, für den Gastwirtsbedarf nicht nötig sei. Eine einjährige, höchstens zweijährige Lehrzeit würde vollkommen genügen.

Folgende Resolution wurde hierzu angenommen:

Der erste Fachkongreß aller Angestellten im Gastwirtsgewerbe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000314-14/fragment/page=0005

erblickt in den Vorschlägen der Kommission für Arbeiter-Statistik in keiner Weise einen genügenden Schutz für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, erwartet daher von den gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere von den Mitgliedern des Reichstages, ihren Einfluß dahin einzusetzen, daß folgende Bestimmungen getroffen werden: 1. den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren ist innerhalb 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 Stunden zu sichern. 2. Außerdem müssen diesen Arbeiterkategorien Pausen von insgesamt 4 Stunden täglich, einschließlich einstündiger Essenszeit, bewilligt werden. 3. Nach 10 Uhr abends und vor 6 Uhr morgens dürfen Lehrlinge und jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

Ferner erwartet der Kongreß, daß auf Grund der §§ 126 bis 128 der Reichs-Gewerbe-Ordnung folgende Bestimmungen für das Gastwirtsgewerbe erlassen werden: 1. Der Besuch der Fachschulen bezw. Fortbildungsschulen ist für jugendliche Arbeiter bis zum 17. Jahre bezw. für die ganze Lehrzeit obligatorisch, und zwar an zwei Tagen wöchentlich zu je zwei Stunden. Diese Zeit ist als Arbeitszeit zu berechnen. Die Kontrolle hat die Schulbehörde auszuführen. 2. In Gastwirtschaften, in denen weder Kellner noch Köche thätig, und in solchen Gastwirtschaften, in denen vorzugsweise Kellnerinnen beschäftigt sind, dürfen Lehrlinge nicht gehalten werden. 3. Die Zahl der Lehrlinge darf die Zahl der beschäftigten Gehülfen (Kellner, Köche) nicht überschreiten. In keinem Falle dürfen mehr als vier Lehrlinge gehalten werden.

Ferner wurde zu demselben Punkt noch folgender Antrag angenommen:

„Der Kongreß möge beschließen, an Orten, wo es nicht möglich ist, eine Fachschule zu unterhalten, in den Lehrkörper der Fortbildungsschule einen Fachmann zuziehen zu wollen, welcher den Lehrlingen im Gastwirtsgewerbe eine gehörige Ausbildung zu teil werden läßt.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Küchenpersonals referierte Küchenmeister Ebert-Köln. Dieser sowie mehrere Diskussionsredner führten aus, daß das Küchenpersonal unter der übermäßig langen Arbeitszeit womöglich noch mehr zu leiden habe als die Kellner, da die Arbeit in den heißen, dunsterfüllten Küchen eine besonders anstrengende und aufreibende sei. Ferner habe das Küchenpersonal zu klagen über die privaten Stellenvermittler, die nicht nur hohe Vermittlungsgebühren einstreichen, sondern es auch verstehen, das Personal in einer gewissen Abhängigkeit vom Vermittler zu erhalten, der nur denen Stellen zuweist, welche sich ihm in jeder Hinsicht fügsam erweisen.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals referiert Grethe-Berlin. Er beleuchtet die Verhältnisse des Hotelpersonals als: Hausmeister, Etagendiener, Diener für die Nachtwache in kleineren Hotels und Diener in Chambregarnies. Es komme nicht selten vor, daß Hausdiener in Hotels 48 Stunden hinter einander arbeiten müssen. Ein Gesetz zum Schutze der Gastwirts-Angestellten müsse unter allen Umständen auch auf die Haus- und Hoteldiener ausgedehnt werden. Nicht nur, daß die Arbeitskraft der Hoteldiener von den Unternehmern in rücksichtsloser Weise ausgebeutet werde, sie werden auch im Einverständnis mit dem Unternehmer den Stellenvermittlern tributpflichtig gemacht. Redner ersucht die Gastwirtsgehilfen, mit den Hoteldienern Hand in Hand zu gehen, alle noch bestehenden Vorurteile beiseite zu lassen, und gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Vor allem sollten die Organisationen darauf sehen, daß für die Nachtwachen besondere Hilfskräfte eingestellt werden, damit nicht dieselben Personen, welche am Tage schon schwer arbeiten, auch noch des Nachts auf dem Posten sein müssen. — Hinsichtlich der Schlafräume der Hoteldiener herrschen große Mißstände. Nicht selten komme es vor, daß 10—12, ja noch mehr Personen in einem Zimmer, dicht zusammengepfropft, schlafen müssen. Hier könne nur durch behördliche Aufsicht, an der auch Arbeiter der betreffenden Kategorie beteiligt sind, Wandel geschaffen werden. — Die Hoteldiener seien, ebenso wie die Kellner, fast nur auf Trinkgeld angewiesen, wovon sie auch noch Ausgaben für Bruch u. s. w. zu machen haben. Das Essen sei in der Regel sehr mangelhaft. — Weiter schildert Redner die Arbeitsverhältnisse der Hausdiener in Restaurants, der Zapfer, der Küchenmädchen, Zimmermädchen, Pagen. Für alle diese Kategorien des Hilfspersonals sei eine Verbesserung der Lage im Sinne der von den Kellnern aufgestellten Forderungen zu erstreben.

Folgende Anträge werden hierzu angenommen:

1. Der erste Kongreß der Gastwirtsgehilfen Deutschlands erkennt die Thatsache an, daß das Hilfspersonal in Gast- und Schankwirtschaften unter den gleichen traurigen Verhältnissen betreffs Arbeitszeit, Ruhepausen, Ruhetag, Schlafräume, Hausordnungen und Lohnsystem (Trinkgeld) zu leiden habe, wie die Kellner, Kellnerinnen und Küchenpersonal. Der Kongreß stellt an die Regierung laus denselben Gründen wie solche bei den Kellnern, Kellnerinnen und Küchenpersonal angeführt waren] die Forderung: Das Hilfspersonal von den eventuellen Wohlthaten eines Gesetzes, bezw. Bundesratsverordnung zum Schutze der Arbeiter im Gastwirts-Gewerbe nicht auszuschließen. Ein solcher Ausschluß würde um so verderblichere Folge zeitigen, als bestimmt zu erwarten stände, daß gewissenlose, oder durch die Konkurrenz gezwungene Unternehmer an Stelle der durch Gesetz vor Ausbeutung geschützten Kellner, Köche und Kellnerinnen, Hilfspersonal einstellt, das von dem Gesetz nicht berührt werde. Aber dem bereits eingestellten Hilfspersonal einen Theil der Arbeiten der durch das Gesetz geschützten Angestellten mit aufbürden würde und dadurch voraussichtlich die Lage dieses Hilfspersonals noch um ein Bedeutendes verschlechtert würde. Der Kongreß erwartet von den Gastwirtsgehilfen, der Thatsache Rechnung zu tragen, und für eine Verbesserung in den Arbeits- und Lohnverhältnissen des Hilfspersonals einzutreten und dasselbe in seinen Organisationsbestrebungen zu unterstützen.

2. Dem gesamtlichen weiblichen Hilfspersonal bis zu 16 Jahren ist eine Mindestruhe von 10 Stunden pro Tag zu gewähren. Die Arbeitszeit, die um 10 Uhr abends beendet sein muß und vor 6 Uhr morgens nicht beginnen darf, ist außerdem von Pausen einschließlich einstündiger Essenszeit von insgesamt vier Stunden zu durchbrechen.

Schluß folgt.)

Stadtverordneten-Sitzung

vom 12. März nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Dittenberger.

Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 5. März wurde in die Tagesordnung eingetreten, die sehr umfangreich war.

I. Die Genehmigung des Ortsstatuts betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten geschieht nach ganz geringen Abänderungen.

II. Austausch von Land in der Schulstraße zwischen der Stadtgemeinde und Herrn Heinicke wird ebenfalls beschlossen.

III. Die Straßenfluchtlinie für die Mittelwache wird festgesetzt.

IV. Die Firma Heinrich Frank Söhne in Ludwigsburg wünscht den Anschluß eines Privatgeleises an die Gelese des alten Thüringer Bahnhofes. Der Magistrat wird vom Kollegium ersucht, Einspruch zu erheben und mit der Firma zu verhandeln, um festzustellen, wie weit sie geneigt ist die Kosten der notwendig werdenden Straßen-Unter- und Ueberführung zurück zu erstatten.

V. Im Sanierungsplan für 1900 wurden die Kapitel Reinigung und Besprengung der Straßen, Straßenbeleuchtung und gemeinnützige Zwecke erledigt. Die Stadtv. Albrecht und Krüger protestierten gegen einen Posten von 2000 Mark und gegen den Posten von 3000 Mark für den Verein Volkswohl. Die Stadtverwaltung habe über den Verein Volkswohl keine Kontrolle; da könne jeder Verein kommen und solche Zuwendungen verlangen. Obwohl sich dieser Verein der höchsten Protektionen erfreut, würden sie gegen den Posten stimmen. Es müsse dem Kollegium eine Uebersicht über den Verbleib des Geldes gegeben werden.

VI. Die anderweite Festsetzung des Gehaltes bezw. der Gehaltsstufen einiger Beamten des Gas- und Wasserwerks wird beschlossen.

VII. Vermehrung der Polizei-Exekutive im Falle der Eingemeindung der Vororte. Der Magistrat verlangt, daß die Polizeiexekutive um einen Polizei-Kommissar, einen Tageswachtmeister, 10 Polizei- und 4 Kriminal-Sergeanten vermehrt wird. Auch soll das derzeitige Trotbaer Amtshaus angemietet werden. Die Bewilligung der hierzu erforderlichen Kosten von rund 25000 Mark sowie sonstiger zur Einrichtung des Reviers benötigten sachlichen Kosten soll durch einen besonderen Nachtragsetat nachgesucht werden, sobald die Eingemeindung zur That geworden ist. Stadtv. Krüger fragt an, wie der Magistrat dazu komme, in der Begründung des Entwurfes über die Eingemeindung der Vororte ganz ohne Grund zu sagen, daß die Arbeiterschaft Halles unter dem Einfluß einer verhetzenden politischen Agitation zu Ausschreitungen geneigt sei. Die Agitation der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei habe so auf die Arbeiterschaft gewirkt, daß die Polizei entbehrlicher wird. Sie sei für die Arbeiterschaft eine Erziehung und hat auf die Elemente, die zu Ausschreitungen neigen, erzieherisch gewirkt. Wenn in den Vororten zu wenig Polizei sei, so ist in Halle vielleicht zu viel und man könnte von Halle an die Vororte Polizei abgeben. Denn es sei nicht nötig, daß sich Polizeibeamte in Maurerkleidung stecken, um die Streikenden zu beobachten. Die Polizei werde vielfach zu Angelegenheiten verwendet, wozu sie nicht verwendet werden sollte. Der Stadtv. Albrecht weist darauf hin, daß der Bürgermeister von Holly früher einmal gesagt habe, auf je 1000 Einwohner sei ein Polizeibeamter zu rechnen. Dieses Verhältnis bestehe nicht mehr und sei ganz bedeutend überschritten. Im übrigen protestieren die Stadtverordneten Krüger und Albrecht gegen die an das Abgeordnetenhaus abgesandte Begründung zur Eingemeindung der Vororte, als neige die Arbeiterschaft Halles unter dem Einfluß verhetzender politischer Agitation zu Ausschreitungen. Der Magistrat konnte nichts darauf entgegnen, aber sein Antrag wurde angenommen.

VIII. Die Entlastung der Rechnung über das Baukonto der Schule am Böllbergerweg wurde erteilt.

Die Punkte 9—12 fallen aus.

XIII. Die Einführung der Immobiliar-Umsatzsteuer, die schon wiederholt die Stadtverordnetenversammlung hat, wurde heute gegen ca. 12 Stimmen beschlossen. Der Referent, Stadtv. Dr. Keil, teilt mit, daß die Finanzkommission die Einführung der Steuer mit 9 gegen 2 Stimmen gutgeheißen habe und die unbebauten Grundstücke höher als die bebauten Grundstücke herangezogen werden sollten. Die Straßenreinigung soll vom 1. Juli 1902 ab in eigener Regie übernommen werden. Der Stadtv. Albrecht giebt zugleich im Namen seines Kollegen Krüger die Erklärung ab, daß sie beide gegen die Einführung dieser Steuer stimmen werden. Sie hätten ihren Standpunkt von früher nicht geändert und seien immer noch der Ueberzeugung, daß diese direkt erhobene Steuer indirekt wirke. Die Umsatzsteuer wird und muß zu einer vermehrten Erhöhung der Mieten führen. Wenn der Etat nicht balanciere, so liege das daran, daß mit dem städtischen Vermögen nicht sparsam genug umgegangen werde. Die Gelder vom 4000 Mark-Schmaus und verschiedene andere 1000 M. hätten der Stadtkasse erhalten bleiben können. Und wenn der Finanzminister v. Holly erst die Immobiliar-Umsatzsteuer in der Tasche habe, dann wird die Uebernahme der Straßenreinigung in eigener Regie schon noch etwas weiter hinausgeschoben werden.

Heiterkeit erregte es, als der Stadtverordnete Kobert, der in der Ulrichstraße ein Seifengeschäft betreibt, bei dieser Gelegenheit gegen die Konsumvereine und gegen das Volksblatt zu Felde zog. Er meinte, früher hätten die Materialwarengeschäfte 6 bis 8 Gehilfen beschäftigt und jetzt stehen Mann und Frau allein im Laden und verkaufen nichts. Die Konsumvereine sind schuld und ebenso wie eine Immobiliar-Umsatzsteuer notwendig sei, sei auch eine Besteuerung der Konsumvereine notwendig. Jetzt sei es überhaupt so weit, daß derjenige, der nicht das Volksblatt im Hause habe, keine Waren mehr los werde. Jeder Wursthändler, der das Volksblatt nicht liest, macht keine Geschäfte. Die Käufer sagten jetzt strammweg, zeigen Sie mir erst einmal das Volksblatt. Der Referent, Stadtv. Keil, weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß er aus dem Volksblatt wisse, daß mehrere Genossen der Stadtv. Albrecht und Krüger für die Einführung der Immobiliar-Umsatzsteuer sind, wer die Mieten erhöhen will, erhöht sie bei der Vermehrung der Realsteuer noch viel eher. Die Umsatzsteuer sei das kleinere Uebel.

XIV. Zu der Wahl eines Stadtschulrates wurden die Stadtverordneten Dr. Keil, Schmidt und Meyer in eine Kommission gewählt.

XV. und **XVI. Die Vermietung** eines Lagerplatzes in der Halle und Zustimmung zur Anlage eines Anschlußgeleises seitens der Hildebrandtschen Mühlenwerke an die Halle-Hettstedter Eisenbahn wurden nach den Vorschlägen des Magistrats erledigt.

Da es inzwischen ½9 Uhr geworden war, wurde die Sitzung wegen vorgerückter Zeit abgebrochen. Auch die geschlossene Sitzung fiel aus.

Die Bluthat bei Wansleben.

Halle a. S., 12. März.

II.

Die festgestellten Anzeichen deuten darauf hin, daß das ganze Thun des Angeklagten wohl überlegt war und die Beraubung der armen Schlesierin ein vorher gefaßter Plan gewesen ist. Angeklagter soll die Mosch wiederholt aufgefordert haben, sich das innehabende Geld ihres Lohnes vom Herrn geben zu lassen und soll zu der Mosch gesagt haben, ihr Herr würde sie betrügen. Zu der Mosch stand er in keinem Verhältnis; er kannte ihre Sprache nicht und soll keine Veranlassung gehabt haben, sich um deren Geldangelegenheiten zu kümmern. Das fragliche Stearinlicht, durch welches der Verdacht auf die geplante Brandstiftung fiel, will der Angeklagte gekauft haben, um es für seine Mutter mitzunehmen. Die Angabe erscheint aber bedenklich, da Mutter und Frau des Angeklagten angegeben haben, daß Stearinlicht in ihrem Haushalt nicht gebräuchlich sei. Es wird vermutet, daß der Angeklagte mit dem Licht bei der geplanten Brandstiftung habe operieren wollen, in der bekannten Weise, die Inbrandsetzung erst nach dem Verschwinden des Thäters zu bewirken. Er soll wohl überlegt, wie er seiner Frau angegeben, nicht nach Halle gewollt haben und hatte anfänglich behauptet, er sei nach Halle gefahren, während er gegangen ist. Die gelöste Fahrkarte hat er eingeknickt, damit sie durchlocht erscheinen sollte. Den Zug soll er verpaßt haben, um mit der M. verabredetermaßen zusammen zu treffen. Sein Verhalten nach der That spricht nicht dafür, daß er ein Mensch ist, der aus Versehen jemand erschlägt und dann darüber in tiefe Erregung gerät. In Beuchlitz auf dem Wege nach Halle hat er mehrere ihm damals unbekannte Personen mit Getränken traktiert. Dann hat er auch in phrasenhafter Weise renommiert, er sei „Gutsverwalter" und wegen „sozialistischer Gesinnung" entlassen worden. In Passendorf hat er den Kutscher Opitz angerufen und dann ist er in dessen Taxameterdroschke nach dem Restaurant zum goldenen Herz in Halle gefahren. Hier hat er nach Trinkgelder gegeben und gesagt, er wolle sich einen neuen Knopf auf seinen Stock kaufen. Die Anklagebehörde nimmt an, daß der Angeklagte den Plan zu

---

Der Schuldige?

Roman von Hektor Malot.

59] (Nachdruck verboten.)

„Ein Schlafzimmer, dessen Wandtapeten, Teppiche, Blafond, Vorhänge und Möbelbezüge aus solchem Stoffe bestehen, was im ganzen hundert Meter ausmachen mag, würde demnach dreihundert Gramm Arsenikfäure enthalten, die jeden Tag in der Luft, in die Trinkgefäße u. s. w. eindringen. Wenn nun ein Dienstbote, welcher zwei derart ausstaffierte Zimmer jeden Freitag gründlich reinmacht, jeden Sonnabend die Symptome einer Vergiftung durch Arsenikfäure darbietet, möchtest Du bestreiten, daß die dreihundert Gramm Gift, welche sich in dem von ihr allwöchentlich geklopften, geschüttelten und gebürsteten Stoffe befinden, die Ursache dieser Vergiftung sind?"

„Bestreiten nicht, aber wohl bezweifeln," erwiderte der Chemiker.

„Bestreiten nicht, das genügt mir. Ich keine nun die Ursache des Leidens. Ihr Fabrikanten seid doch wahre Mörder!"

Das war also eine zufällige und keine verbrecherische Vergiftung: weder hatte der Mann seiner Frau noch die Frau ihrem Mann Arsenik beigebracht. Allein wenn sie in dieser Sache unschuldig waren, so bewies das noch keineswegs auch ihre Unschuld am Tode von Courtehenje. Im Gegenteil, gerade der Verdacht, den sie gegen einander schleuderten, als sie sich unwohl fühlten, bildete den stärksten und beredtesten Beweis ihrer Schuld, denn ihre gegenseitigen Anklagen entstanden aus der Gemeinsamkeit ihrer That: sie hatten Furcht vor einander, weil sie einander kannten!

Je klarer daher Turlure die Notwendigkeit einsah, daß er seinen Argwohn bezüglich eines neueren Vergiftungsversuchs fallen lassen müsse, desto fester klammerte er sich an die Beweise des früheren Verbrechens an, welches er als Ehrenmann und höchster Beamter seiner Gemeinde an den Tag zu bringen, sich verpflichtet glaubte.

Es wäre so beauem gewesen, an eine neue That die Untersuchung der alten anzuknüpfen! Auf gerichtlichem Wege war dies nicht mehr möglich. Wenn er es nun aber auf eigene Faust versuchte? Wenn er durch die neuen Vergiftungserscheinungen moralisch auf diejenigen, die sich für die Opfer einer Vergiftung hielten, einzuwirken suchte, und zwar zunächst auf die Frau, da er sie durch eine Gunst des Zufalls allein treffen würde?

Fieberhaft aufgeregt baute er die ganze Nacht hindurch an seinem Plane, selbst erschreckt vor der großen Verantwortlichkeit, die er durch eigenmächtiges Handeln auf sich nahm; er war jedoch entschlossen, die „Herren von der Staatsanwaltschaft" nicht eher anzurufen, als nachdem er die Sache so eingeleitet haben würde, daß man sie weder hemmen noch in eine andere als die von ihm gegebene Richtung leiten könne.

Am anderen Morgen sandte er schon in der Frühe ein Billet an Frau La Bauvoiere, um sie zu bitten, ihn im Laufe des Tages zu empfangen, und um zwei Uhr trat er in ihren Salon ein, wo sie ihn erwartete.

Sie war ziemlich erstaunt über diesen Besuch und fragte sich, was den Apotheker wohl herführe. Als sie ihn so ernst, beinahe düster erscheinen sah, wiederholte sie sich ihre Frage mit einer gewissen Unruhe. Sie dachte dabei aber durchaus nicht an Courtehenje, sondern glaubte eher, er werde mit ihr von Mederic sprechen wollen. Das war ihr nicht angenehm. Was hatte sich der Dummkopf in solche Dinge zu mengen? Sie heftete daher einen nichts weniger als sanften Blick auf Turlure.

„Ich sehe, daß mein Besuch Sie überrascht," sagte er, nachdem er sich ihr gegenüber so gesetzt hatte, daß er sie im Lichte betrachten konnte.

„In der That; was mich aber noch mehr überrascht, ist der Ernst, der auf Ihrem Gesicht lagert. Was geht denn vor?"

„Sie erleichtern mir mit dieser Frage meine Aufgabe ungemein, denn ich bin wirklich in der größten Verwirrung und so aufgeregt, daß ich weder Herr meiner Ideen, noch meiner Worte bin."

Er war wohl aufgeregt, aber immer noch Herr seiner Gedanken und Worte; nur fand er es geschickt, diese gefährliche Frau glauben zu machen, sie werde leicht mit ihm fertig werden und brauche keineswegs vor ihm auf der Hut zu sein.

„Die Sache ist kurz folgende, Madame: Ich habe soden den unleugbaren, unwiderleglichen Beweis erlangt . . . ."

Er machte eine Pause und fuhr dann fort, indem er jedes Wort langsam betonte:

„Daß eine Vergiftung . . . mittelst Arsenik . . . in diesem Hause . . . stattgefunden hat."

Der Hieb wurde so geschickt und mit solcher Wucht versetzt, daß er Hortensie einen ersticken Schrei auspreßte, und als Turlure seine Augen auf sie heftete, sah er, wie sie erbleichte und alle Symptome des Schreckens zeigte. Die Augen und der Mund standen weit offen. Querfalten durchzogen ihre Wangen bis zum Halse herab; hätte man eine Augenblicks-Photographie von ihr nehmen können, so würde sich niemand über den Ausdruck von Angst und Schrecken, den sie darbot, getäuscht haben. Wenn Turlure noch eine Bestätigung seines Verdachtes nötig gehabt hätte, so hätte er in diesen zerrütteten Zügen das vollständigste Bekenntnis gefunden.

Aber als sie sich beobachtet sah, hatte sie die Kraft, sich wieder zu fassen und sofort mit der ihrer Natur eigenen Dreistigkeit der Gefahr entgegenzutreten.

„Sie glauben, daß eine verbrecherische Vergiftung vorliegt?" sagte sie.

„Ich glaube es."

„Und beschuldigen Sie jemand?"

„Ja!"

„Der Schein kann Sie trre führen."

„Ich habe den Arsenik gefunden."

„Das ist unmöglich."

„Nichts ist der Wissenschaft unmöglich, gnädige Frau; es würde keine Verbrechen geben, wenn diejenigen, die sie begehen wollten, im voraus die Macht der Wissenschaft kennen würden. Und warum übrigens sollte das unmöglich sein?"

Sie antwortete nicht, fühlend, wie gefährlich das Terrain sei, auf das er sie ziehen zu wollen schien.

Nachdem er Hortensie durch seinen brüsken Angriff getroffen und verwirrt gesehen hatte, hielt er den Augenblick für gekommen, nach einer anderen Seite zu operieren, um sie mit List einzufangen.

Als sie zu ihm sagte: „Sie beschuldigen jemand?" — hätte sie ebenso gut sagen können: „Sie beschuldigen mich!" Durch diese Frage hatte sie sich selbst preisgegeben, das hatte sie auch gefühlt. Jetzt fand er es geschickt, ihr einen Weg halb zu öffnen, auf den sie sich stürzen müsse, um dieser ersten Gefahr zu entgehen.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— In Eifer. Redner: „. . . Dieses Zutrauen, meine Herren, dürfen Sie zu mir haben, daß ich meine Gesinnung nicht, wie ein Hemd, alle sechs Monat' wechsle!"

— Individuelle Auffassung. Bauer (am Amtsgerichte den robusten Anwalt der Gegenpartei erblickend, zu seinem Anwalt): „Herr Dokta, ich mein', wir geh'n wieder — gegen den dort san wir zwei z'schwach!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190003 14/fragment/page=0006

That am Abend des 6. Januar entrollt habe, nachdem er sich mit der Mosch verabredet hatte. Die Absicht, die Mosch durch Schläge zu töten, soll nicht ganz zur Ausführung gekommen sein, da die Beraubte, als er sie auf den Diemen legte, noch nicht tot war. Sein Wille bei der Verbrennung des Körpers, den er für leblos hielt, soll nicht auf Mord gerichtet gewesen sein. Der Mord sei im Stadium des Versuches geblieben und die Gewalt soll der Angeklagte nur angewendet haben, um das Geld zu erhalten. Zweifellos ist es natürlich, daß der Angeklagte durch die Gewaltanwendung den Tod beabsichtigt, aber durch Verbrennen herbeigeführt hat.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor **Zacke**, als Beisitzer fungieren die Landgerichtsräte **Knibbe** und **Martin**. Die Anklage wird vertreten vom Staatsanwaltschaftsrat Delbrück. Als Verteidiger fungiert Rechtsanwalt Dr. Lembser. Nach Auslosung der 12 Geschworenen wird in die Verhandlung eingetreten. Der Zuhörerraum ist dicht gefüllt. Der Angeklagte, eine große schlanke Person, hat bei der Garde gedient und macht den Eindruck eines intelligenten Mannes. Nach einem Beschluß vom 2. März lautet jetzt die Anklage auf Mord. Er räumt die Straftaten heute ein, bestreitet aber, die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Er ist Vater von 4 rechten und 2 Stiefkindern. Seine Frau und seine Mutter machten, als sie als Zeugen aufgerufen wurden, einen sehr niedergeschlagenen Eindruck. Beide weinten bitterlich.

Der Angeklagte versteht es, sich geschickt zu verteidigen, aber die Belastungen sind so stark, daß es ihm schwer wird, nachzuweisen, die That nicht planmäßig und nicht mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Den Zug nach Halle will er nicht absichtlich verpaßt haben. Es steht aber fest, daß er seine hinter ihm hergegangene Frau, nachdem er die Fahrkarte gelöst, nach Hause geschickt hatte. Bei verfänglichen Fragen stockt er mit den Antworten. So will er nicht wissen, weshalb er seine Frau kurz vor Abgang des Zuges nach Hause geschickt hat. Das gekaufte Licht, welches er nachträglich zerbrochen und weggeworfen hat, ist ihm ein sehr verhängnisvoller Beweis und verwickelt er sich bei der Besprechung der Angelegenheit in Widersprüche. Die Josepha Mosch habe ihn auf dem Wege nach Eydorf beleidigt, worüber er ärgerlich geworden sei. Als sie ihn „Lutterbock" geschimpft, habe er sie mit seinem Stockknopf in voller Wucht über den Kopf geschlagen. Nachher habe er in seiner Wut auch noch mit dem Dorn des Stockes auf das Mädchen eingestochen. Daß das Mädchen Geld bei sich gehabt, will er vor der Blutthat nicht gewußt haben. Das Mädchen sei über und über mit Blut bedeckt gewesen, als er es auf den Diemen legte. Nachher habe ihn die Angst von dem Thatort weggetrieben. Er giebt zu, daß er im Restaurant zum goldenen Herz noch für die Leute, die sich ihm auf dem Wege angeschlossen hatten, 2 Mark zum Vertrinken deponiert. Daß er am Sonntag abend bei seiner Ankunft in Halle verhaftet werden würde, habe er sich vorher gedacht. Der Angeklagte giebt auch zu, bei der ersten Vernehmung am Sonntag abend dem Wachtmeister Nagel gegenüber bei der Untersuchung seiner Sachen, als Blutflecke entdeckt wurden, die Aeußerung gethan zu haben: „Sie denken wohl, das ist von dem Mädchen, die da umgebracht worden ist." Seiner Frau gegenüber äußerte er bei dieser Gelegenheit: „Ei, ei, Frau, hättest Du mich lieber schlafen lassen."

Die Beweisaufnahme begann mit der Vernehmung des Schulknaben **Kirkamm**, der den Angeklagten bei dem Verlassen des Thatortes bestimmt erkannt hat. Gendarm **Gena**, der die ersten Ermittelungen angestellt hat, bemerkt bei seiner Vernehmung, daß er mit Rücksicht auf die Schwere des Verbrechens den Vorschlag gemacht habe, den Thatort und die verkohlte Leiche mit einer Wache zu umstellen. Die Gemeinde habe diesen Vorschlag aber mit Rücksicht auf die entstehenden Kosten nicht berücksichtigt. Das ist bezeichnend für die Gemeinde Wansleben. Hoffmann habe anständlich alles bestritten, nachträglich Nebensächlichkeiten eingeräumt und dann, als die Vernehmung bedenklich wurde, die Aussage verweigert. Wachtmeister Nagel meint, als der Angeklagte die Aeußerung: „Sie denken wohl, das ist von dem Mädchen ꝛc." gethan und er, der Wachtmeister gefragt habe, was meinen Sie denn für ein Mädchen, habe der Angeklagte gestutzt und dann überlegt, daß er wohl zu viel gesagt habe. Nach und nach habe er dann Zugeständnisse gemacht. Ueber die

Verbrennung der Leiche

habe sich der Angeklagte später dahingehend geäußert, daß er eine Art Backofen gemacht und da die Leiche hineingelegt habe. Der Zeuge Gutsbesitzer Hoffmann schildert die Mosch als ein ruhiges, fleißiges und gutes Mädchen, das sich stets gut geführt habe. Die M. habe täglich 1 Mk. Lohn bekommen, wovon er, wie vereinbart, 10 Pf. zum Sparen innebehielt. Sie habe niemals geäußert, den Dienst verlassen zu wollen, sondern im Gegenteil gesagt, sie wolle dem Hoffmann noch polnische Arbeiterinnen verschaffen. Der Angeklagte habe aber ebenfalls zur Zufriedenheit gearbeitet und stehe bei ihm, Hoffmann, seit 1895 im Dienst. Einmal habe er sich renitent benommen, aber da sei er etwas betrunken gewesen. Einige polnische Arbeiterinnen bekunden, daß die ermordete

Josepha Mosch eine sehr verträgliche Person

gewesen sei. Sie habe die Gewohnheit gehabt, Sonntags früh nach 6 Uhr nach der Kirche in Oberröblingen zu gehen.

Die Eheleute Wolter, wo die Ermordete wohnte, bekunden, daß dieselbe am fraglichen Morgen gleich nach 6 Uhr die Behausung verlassen habe. Den Ehemann Wolter hat der Angeklagte einige Tage vor der That gefragt, ob Josepha viel Geld habe, oder ob sie es nach Hause geschickt hätte. Eine Frau Simon, die ebenfalls bei Hoffmann arbeitete, sagt, der Angeklagte habe eines Tages vor der That auf Josepha eingewirkt und dieselbe mit den Worten: „Der Herr betrügt bloß die Leute und wird von dem Gelde derselben reich," zu bestimmen versucht, sich die Spargroschen von Hoffmann geben zu lassen. Als Josepha den Hoffmann um Auszahlung der Spargroschen ersucht, habe dieser gesagt, „aber Josepha, was willst Du denn jetzt mit dem Gelde, das geht Dir doch nicht verloren." Einige Zeugen bekunden, daß der Angeklagte sich am Morgen der That durch sein verstecktes Wesen auf der Straße sehr verdächtig gemacht habe. Er hat es peinlich vermieden, mit der Mosch gesehen zu werden. Seine Frau, sowie seine Mutter machen von dem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch. Der Bahnhofs-Hilfswärter von Wansleben bekundet, daß der Angeklagte wohl eine Fahrkarte gelöst habe, aber nicht durch die Bahnsperre gegangen sei. Dem Amtsdiener Braun, der den Angeklagten in der ersten Nacht bewachte, hat er wiederholt die Worte zugerufen: „Ach hätte mich doch meine Frau nicht geweckt." Zeuge Droschkenkutscher Opitz sagt, daß er am Sonntag morgen, als er bei Beuchlitz mit noch zwei anderen Personen von dem Angeklagten mit den Worten: „He Kutscher" angehalten wurde, gleich gefragt habe, ob sie, die Anhaltenden, auch Geld hätten, worauf der Angeklagte renommierend gesagt habe: „Es ist ja alles da." Im Restaurant Zum Herz habe sich der Angeklagte zwendabel gezeigt, und abends gegen ½5 Uhr am Droschkenhaltelatz wieder nach dem Droschkenkutscher Opitz gefragt. Zwei polnische Arbeiterinnen bekunden, daß die Ermordete auf der Brust ein sog. Stapulier trug. Das ist ein mit Namenszug versehenes vom katholischen Priester gesegnetes Band, das gegen alle Gefahren im Leben schützen soll.

Der

Dr. chem. Jeserich-Berlin

ist als Sachverständiger geladen, um festzustellen, ob das am Thatort vorgefundene Band, woran das Geldbeutelchen der Ermordeten befestigt war, von dem Halse der Mosch abgeschnitten oder abgerissen worden ist. Nach dem Gutachten ist erst an dem Bande gerissen und dann ist es, wahrscheinlich mit einem Taschenmesser, durchschnitten worden. Der Angeklagte bleibt aber bei der Behauptung, der Geldbeutel wäre ihm vor die Füße gefallen.

Nach einer Mittagspause bekam der Sanitätsrat Dr. Hauch, der die Leiche der Ermordeten untersucht hat, zu seinem Gutachten das Wort.

Der Leichnam war so verkohlt,

daß zunächst nicht einmal das Geschlecht festgestellt werden konnte. Der Kopf bestand in einer formlosen Masse und die Schädeldecke wies zwei große Oeffnungen und mindestens 18 bis 20 kleine Einwirkungen auf, die zum Teil mit dem Stocke zugeführt sein können. Die Mosch ist durch die Verletzungen betäubt und tödlich verletzt worden; sie hätte können infolge der Verletzungen sterben, aber der Tod trat erst durch Erstickung im Diemen ein. Die

Betäubung der Mosch

nach den Schlägen war sehr schwer. Der zweite Sachverständige, Dr. Weile, schließt sich diesem Gutachten an. Der Angeklagte, nochmals befragt, ob er nicht ein volles Geständnis ablegen wolle, erklärt am Schlusse der Beweisaufnahme: Ich habe sie nicht morden wollen; ob ich den Gedanken hatte, daß sie noch lebte, als ich sie nach dem Diemen trug, kann ich nicht sagen.

Die gestellten Schuldfragen lauteten auf

Mord event. versuchten Mord, schweren Raub, Brandstiftung, fahrlässige Tötung,

und bei eventueller Verneinung der Frage nach Raub, auf Diebstahl.

Der Vertreter der Anklage schildert die Verbrechen des Angeklagten als eine teuflische That. Er habe auf das arme Mädchen in so roher Weise so lange losgedroschen, bis es blutüberströmt zusammenbrach. Es war ihm Ernst, sein Opfer totzuschlagen. Mit Rücksicht auf die Sachverständigengutachten komme er aber zu dem Schlusse, zu beantragen, die Frage auf

Mord zu verneinen,

dagegen die Fragen auf versuchten Mord, schweren Raub, Brandstiftung und fahrlässige Tötung zu bejahen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Lembser, meinte, die grauenhafte That des Angeklagten sei geeignet, die ruhige Beurteilung der Sache zu zerstören. Dem Angeklagten müsse aber nach dem Gesetz Gerechtigkeit widerfahren und deshalb sei die Frage auf Mord, wie auch auf versuchten Mord zu verneinen. Wer so, wie der Angeklagte handelt, hat nicht mit Ueberlegung gehandelt.

Gegen 7 Uhr abends zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Nach einer Stunde waren sie sich schlüssig geworden. Nach ihrem Verdikt, das durch den Geh. Regierungsrat Hoppe von Merseburg als Obmann verkündet wurde, sind die Fragen nach

versuchtem Mord, schwerem Raube, Brandstiftung und fahrlässiger Tötung bejaht,

die Frage auf Mord wurde **verneint**. Der Staatsanwalt beantragte lebenslängliche Zuchthausstrafe und noch 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und dauernden Ehrverlust. Der Gerichtshof verkündete nach kurzer Beratung, die That des Angeklagten sei so schwer, daß der Gerichtshof habe über den Antrag des Staatsanwalts noch hinausgehen müssen. Es sei deshalb auf

lebenslängliche Zuchthausstrafe, außerdem noch zehn Jahre einen Monat Zuchthaus, dauernden Ehrverlust und Polizeiaufsicht erkannt worden.

Der Angeklagte nahm das Urteil mit Ruhe entgegen und erklärte sich bereit, die Strafe annehmen zu wollen.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle, den 10. März.

Urkundenfälschung und Betrug. Zu heutiger Sitzung wurde der 41jährige Kaufmann Ferdinand Kurt Quinque aus Leipzig, früher hier, aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte ist ein vielfach vorbestrafter Mensch und hat schon über 13 Jahre Freiheitsstrafen, Zuchthaus und Gefängnis abgemacht. Er wird der schweren Urkundenfälschung in Verbindung mit Betrug im wiederholten Rückfalle beschuldigt. Geschädigt durch die Handlungen des Angeklagten ist das hiesige Bankgeschäft von Schaufeil um ungefähr 1100 Mark. Auch der Schwiegervater und die Frau des Angeklagten sind durch den Angeklagten getäuscht und geschädigt worden. Er war früher Bureauvorsteher bei einem Rechtsanwalt, verheiratete sich 1897 mit seiner jetzigen Frau, die aber von seinem Vorleben keine Kenntnis hatte. Dann betrieb er in der Parkstraße ein Materialwarengeschäft und nachdem schwindelte er seinem Schwiegervater 3000 Mark zur angeblichen Hinterlegung einer Kaution behufs Annahme einer Stelle ab. Das Geld verjubelte er in kurzer Frist. Ein Sparkassenbuch mit 1 M. Inhalt änderte er in 1100 Mk. um und fälschte über Wechsel mit Beträgen von 125 bis 150 Mk. Er legte ein volles Geständnis ab, da ihm die sämtlichen Straftaten urkundlich nachgewiesen werden konnten. Die Geschworenen bejahten alle Schuldfragen und verneinten sämtliche Fragen nach mildernden Umständen. Der Staatsanwalt beantragte 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, 1200 Mark Geldstrafe ev. noch 120 Tage Zuchthaus. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust, 1200 Mk. Geldstrafe ev. noch 80 Tage Zuchthaus. Die Vorstrafen und der Hang des Angeklagten zu Betrügereien kamen als erschwerend in Betracht. Er nahm die Strafe an.

Gewerkschaftskartell zu Halle a. S.

Sitzung vom 1. März.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Thiele, die Namen der neueingetretenen Delegierten der Kupferschmiede bekannt gegeben und weiter mitgeteilt hatte, daß die vorzeitige Anberaumung der Monatssitzung auf Beschluß des Vorstandes wegen des **Bergarbeiterstreiks** erfolgt sei, wurde nach einem kurzen Situationsbericht über Ursache und Stand des Bergarbeiterstreiks durch Gen. **Pokorny** einstimmig beschlossen, den Streik zur Sache der gesamten organisierten Arbeiterschaft zu machen und die Organisierten zur wöchentlichen Entnahme eines Bons auf 10 Pf. zu verpflichten.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung: **Neuregelung der Delegierung und Beitragsleistung zum Kartell** stellte der Vorsitzende in übersichtlicher Weise alle zu diesen Punkten vorliegenden Anträge zusammen, beleuchtete den Wert der einzelnen Vorschläge und befürwortete schließlich die vom Kartell-Vorstand im Verein mit den Gewerkschaftsvorständen zur Annahme empfohlenen Anträge, über die schon eingehend im Volksblatt berichtet worden ist und welche lauten:

1. es bei der bisherigen Bestimmung zu belassen, daß jede Gewerkschaft nach freiem Ermessen ein bis drei Delegierte zum Kartell entsenden kann.

2. vom 1. April ab monatlich pro Kopf der Mitglieder 10 Pf. für Kartell und Sekretariat abzuführen.

Gen. **Sachse** sprach gegen den Antrag, weil, wie er befürchtete, die schwächeren Gewerkschaften dem Beschlusse nicht nachkommen könnten. — Gen. **Löffler** befürchtete dies von den größeren Gewerkschaften. — Gen. **Hache** sprach sich für den Antrag des Gen. Schnabel aus. — Gen. **Emmer** trat für den Antrag der Kommission ein, nur wünsche und beantrage er, daß die Delegation so bleibe wie bisher. — Gen. **Hapke** ersuchte die Delegierten, den Antrag der Kommission anzunehmen, nur das Vertreter-System voll und ganz fallen zu lassen. — Gen. **Schnabel** empfahl seinen Antrag und betonte, daß noch kein Anlaß für die Herabsetzung der Beiträge zum Gewerkschaftskartell und Arbeitersekretariat vorhanden sei. Redner ersuchte, seinen Antrag anzunehmen, da dann auch dem Kartell mehr Geld zur Verfügung stände. — Gen. **Wildbord** empfahl den Antrag des Gen. Henn. — Gen. **Angermann** sprach für seinen Antrag. Der Antrag der Kommission scheine ihm sehr sympathisch, nur befürchte er, daß die Gewerkschaften, welche heute noch nicht bezahlten, sich dann erst recht drücken würden und das Kartell sähe sich dann veranlaßt, den Beitrag von 10 Pfg. auf 15 Pfg. zu erhöhen, und so würden die gut zahlenden Gewerkschaften immer von den schlecht zahlenden übervorteilt.

Genosse **Kähne** führte des näheren aus, welche Vorteile den Gewerkschaften durch Annahme des Kommissionsantrags erwachsen würden. Besonders hob er hervor, daß zur Zeit die kleinen Gewerkschaften mit ca. 28 Delegierten nur ca. 1000 Gewerkschaftsmitglieder vertreten, dagegen die größeren mit gleicher Delegation 3500 zu vertreten hätten, somit könnten die kleineren Gewerkschaften die größeren leicht majorisieren, im anderen Falle aber zahlten die großen Gewerkschaften nicht mehr wie die kleineren, das sei jedenfalls ein ungesundes System. Dies sei aber durch den Antrag der Kommission beseitigt. — Der Antrag der Kommission, die Delegierten staffelweise vertreten zu lassen, wurde abgelehnt, worauf der Antrag, es bei dem bisherigen Vertretungssystem zu belassen, mit großer Majorität angenommen wurde. Zu den Regelungen der Beiträge wurde der Kommissions-Antrag angenommen. Alle anderen Anträge fielen.

Mit den **Aenderungen des Regulatids** wurde der Vorstand beauftragt.

Die Bestimmungen treten mit dem 1. April in Kraft. — Gen. **Eitner** erstattete Bericht über den siegreichen Streik der Kürschner. Auch teilte er mit, daß sich die Kürschner von der Zeit ab sich nicht mehr an dem halleschen Kartell beteiligen könnten. Die Kürschner sehen sich verpflichtet, dem **Schkeuditzer** Gewerkschaftskartell beizutreten.

Weiter wurde beschlossen, am Montag, den 12. d. M., eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung stattfinden zu lassen.

Einstimmig wurde beschlossen, mit dem Genossen **Grothe** nach dem Westen Roß überzusiedeln.

Der Vorsitzende schlägt vor, um das Lesebedürfnis zu wecken und besser wie bisher zu befriedigen, es solle **monatlich** eine 10 Pfg.-Broschüre zur allgemeinen Anschaffung durch die gewerkschaftlich Organisierten empfohlen werden. Bis etwa zum 22. jeden Monats müssen dann von den einzelnen Gewerkschaften unter Hinterlegung des Betrags die Anzahl der von ihnen bestellten Exemplare angegeben werden, so daß gegen Ende des Monats die Broschüren eintreffen und zur Verteilung an die einzelnen Gewerkschaften nach Maßgabe der gemachten Bestellungen gelangen können. — Genosse **Emmer** erklärte sich mit dem Antrag einverstanden, nur solle man die Broschüren durch die Volksbuchhandlung beziehen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Genosse **Güldenberg** ersuchte die anwesenden Delegierten nicht mehr von x-beliebigen Buchhändlern oder Kolporteuren Bücher oder sonstige Schriften zu kaufen, da es in der Regel nur nutz- und wertlose Schundwerke seien, der Käufer aber jedesmal übervorteilt, belogen und betrogen ist.

Der Vorstand beantragte, die Gewerkschaften sollten darauf hinwirken, daß man am 1. **Mai** die Arbeit so weit wie möglich ruhen lasse und kräftig für eine rege Beteiligung zur Maifeier agitiere. Der Antrag wurde angenommen.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer beantragten, das Kartell solle ihnen monatlich 5 Mk. zur Deckung der Unkosten für Porto ꝛc. zur Verfügung stellen. Gen. **Thiele** bat, den Antrag in dieser Richtung abzulehnen, die Kosten aber, welche die monatlichen Sitzungen und sachlichen Ausgaben verursachen, zu decken. Der Antrag **Thiele** wurde angenommen.

Ein Antrag des Genossen **Hapke**, die Kosten der **Protokolle** der Gewerbegerichts-Verhandlungen zu decken, wurde abgelehnt.

Genosse **Schnabel** teilte mit, daß die Bewegung der Modelltischler günstig verlaufen sei, ohne daß es zum Streik hätte zu kommen brauchen. Die Möbeltischler werden aber aller Wahrscheinlichkeit nach in nächster Zeit in eine Bewegung treten.

Schluß der Sitzung 12½ Uhr. (Eingeg. 9. ds.) **K. St.**

Präsenzliste:

Bäcker	2	Konditoren	3
Bau- u. Erdarbeiter	1	Lagerhalter	1
Bergarbeiter	3	Lederarbeiter	1
Buchbinder	1	Metallarbeiter	2
Buchdruck.(Gewerksch.)	1	Maschinisten u. Heizer	3
Bildhauer	2	Maurer	3
Böttcher	2	Müller	2
Brauer	1	Maler, Lack. u. Anstr.	1
Dachdecker	—	Steinarbeiter	1
Former	2	Schuhmacher	1
Feilenhauer	1	Schneider	1
Fabrikarbeiter	3	Seiler	2
Gastwirtsgehilfen	1	Stukkateure	2
Glaser	2	Schmiede	3
Gemeindearbeiter	1	Steinsetzer	2
Lithogr. u. Steindr.	1	Tabakarbeiter	1
Handelshilfsarbeiter	3	Tapezierer	1
Holzarbeiter	3	Töpfer	2
Kesselschmiede	3	Textilarbeiter	—
Klempner	1	Zimmerer (lokal)	2
Kürschner	1	Zimmerer (central)	1
Kupferschmiede	1		

Versammlungsberichte.

† **Der Zentralverband der Maurer** hielt am 7. d. Mts. im Engl. Hof seine erste Mitgliederversammlung ab. Nachdem sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kollegen Möbius von den Plätzen erhoben hatten, sprach Genosse **Güldenberg** über **Zweck und Nutzen des Arbeitersekretariats**. In klarer, überzeugender Weise legte Redner die großen Vorteile dieser Einrichtung für alle Arbeiter dar. Die Versammlung nahm auch eine Resolution an, welche die Unterstützung des Sekretariats durch die zentralisierten Maurer und den Anschluß der letzteren an das Gewerkschaftskartell aussprach. Es sollen pro Monat und Mitglied laut Beschluß des Kartells 10 Pfg. gezahlt werden. Als Delegierte wurden die Kollegen **Kletzler**, **Schulze** und **Kutscher**, zum Lokalfondskassierer der Kollege **Baasch** gewählt. Der Beitrag zum Lokalfonds wurde, so lange die Differenzen bestehen, auf 50 Pf. bemessen. Im Verschiedenen wurde die Lokalfrage dahin geregelt, daß das bisherige Lokal beibehalten wird und die Versammlungen regelmäßig Donnerstags nach dem 1. und 15. stattfinden. Ferner wurde die Handlungsweise des Vertrauensmannes der Lokalisten, Kollegen **Emmer**, gerügt und ihm wegen seiner Aeußerungen ein Tadelsvotum ausgestellt. Weiter erklärte der Vorsitzende, daß die Differenzen bei Maurermeister Grote geregelt sind. Selbiger verspricht, die 4 gemaßregelten Kollegen wieder einzustellen. Sonach sind nur noch 23 Kollegen zu unterstützen. Ferner wird den Kartelldelegierten und den Kassierern 50 Pf. pro Sitzung gewährt. Schluß der auf besuchten Versammlung um 11 Uhr. (Eingegangen am 12. März.) A. S.

† **Die Kesselschmiede und Hilfsarbeiter** hielten am Sonnabend, den 3 d., in der Moritzburg ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab.

Auf der Tagesordnung stand 1. Gründung einer Sektion der Kesselschmiede und Hilfsarbeiter im Deutschen Metallarbeiter-Verbande. 2. Verschiedene Angelegenheiten.

Zum 1. Punkt erstattete die Liquidationskommission Bericht über ihren Beschluß. Derselbe wurde der Versammlung bekannt gegeben und einstimmig angenommen. Gleichzeitig wird beschlossen, das Versammlungslokal beizubehalten.

Unter Verschiedenem wurden noch einige Anträge angenommen und sonstige Angelegenheiten geregelt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen nochmals ermahnt, fleißig zu agitieren, wurde die lebhafte Versammlung um 12 Uhr geschlossen. Außerdem wurde beschlossen, die Versammlungen monatlich einmal abzuhalten und zwar nach dem 1. eines jeden Monats. [Eing am 10. d.] St.

† **Zimmerer.** Am Sonntag, den 11. d. Mts., fand im „Englischen Hof" eine stark besuchte Versammlung statt, welche sich mit der für dieses Jahr aufzustellenden Lohn- und Arbeitsbedingungen befaßte.

Die von seiten des Fachvereins und des Verbandes eingesetzten Kommissionen waren beauftragt, gemeinschaftlich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190003 14-14/fragment/page=0007

einen [Tar]if auszuarbeiten, der nun in folgender Fassung vorlag:

1. Vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 einen **einheitlichen** Stundenlohn von 50 Pfg. zu zahlen.
Die **Normalarbeitszeit** beträgt 10 Stunden.
Die Mittagspause von 1 Stunde ist Sommer wie Winter gleich.

2. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wird nur geleistet, wenn Lebensgefahr, elementare Ereignisse oder der öffentliche Verkehr dies erforderlich machen.
Wo obiges zutrifft, sind Ueberstunden und Wasserarbeit mit 10 Pfg., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 20 Pfg. mehr pro Stunde zu zahlen.

3. Arbeiten, welche 5 bis 10 Kilometer von der Stadtgrenze liegen, sind mit 1 Mk., solche über 10 Kilometer mit 1.50 Mark Landgeld besonders zu bezahlen.

4. Gänzliche Abschaffung der Akkordarbeit.

5. Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises.

6. Baubuden und Aborte müssen winddicht und mit wasserdichter Decke dem Zweck entsprechend räumlich gebaut sein.
Zur Unterbringung des Werkzeugs müssen erstere verschließbar und im Winter mit heizbaren Oefen versehen sein.

7. Einsetzung einer Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur gemeinschaftlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

In der eifrigen und sachgemäßen Debatte, die sich über jeden Punkt entwickelte, waren **alle** Redner damit einverstanden, daß die Forderungen, wie diese von der Kommission formuliert, anzunehmen sind.

Die Abstimmung ergab, daß **alle** anwesenden Zimmerer **für** die Forderungen die Hand erhoben.

Mit der Zuschickung an die Arbeitgeber bezw. Arbeitgeberverband wird die bisher bestehende Kommission betraut und hat diese auch den Zeitpunkt anzugeben, bis welcher die Arbeitgeber zu antworten haben.

(Anmerkung des Schriftf. Zu konstatieren ist, daß diese Versammlung eine Begeisterung und Willenskraft zeigte, wie diese selbst beim vorjährigen Streik in dem Maße nicht vorhanden war.

Die Forderungen auch durchzuführen, konnte man aus jeder Stimme hören. Zu wünschen ist, daß das auflodernde Feuer anhält und dem Unternehmertum gründlich bewiesen wird, daß sie mit einer einigen geschlossenen Masse zu rechnen haben.)

H. Gr.

† Zeitz. Der hiesige Sozialdemokratische Verein hielt am Dienstag abend eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung im Saale des „Heiteren Blick“ ab, welche von 120 Personen besucht war. Reichstagsabgeordneter Genosse Rosenow hielt einen interessanten Vortrag über Kulturentwickelung und Sozialismus. Redner schildert sehr eingehend, wie sich die Kultur so nach und nach bis zum heutigen Stand entwickelt hat. Auch führt derselbe den Anwesenden an sehr trefflichen Beispielen aus der Geschichte vor Augen, wie immer eine Gesellschaft der andern hat weichen müssen. Auch die heutige bürgerliche Gesellschaft gehe bereits infolge ihrer jetzigen Produktions- und Wirtschaftsweise ihrem Ende entgegen. Das Steigen der Zölle und Steuern sei der beste Beweis dafür. Der Sozialismus würde die heutige Gesellschaft ablösen. Damit dies um so eher geschehe, sei es notwendig, daß sich alle Arbeiter organisieren und dem Sozialdemokratischen Verein beitreten. Hiermit schließt Redner seinen Vortrag, wofür ihn reicher Beifall lohnte. Nachdem noch die Genossen Plorin und Leopoldt in kräftigen Worten die Vorteile des Vereins klar gelegt und die Anwesenden, welche noch nicht Mitglieder sind, aufgefordert hatten, dem Verein beizutreten, ward zur Mitgliederaufnahme geschritten. Es ließen sich denn auch 29 Genossen in den Verein aufnehmen. Mit dem Wunsche, daß die nächste Versammlung, welche im Felsenkeller stattfindet, auch wieder gut besucht wird, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

P. St.

Die Frühjahrs-Kontroll-Versammlungen 1900

im Landwehr-Bezirk **Halle** a. S. finden wie folgt statt:

Unterbezirk 1 Halle (Stadt).

Kontrollplatz Halle a. S. — (Sport-Hotel, Große Steinstraße Nr. 27/28.)

Spezial-Waffen:

Garde, Provinzial-Jäger, Provinzial-Kavallerie, Provinzial-Feld-Artillerie, Provinzial-Fuß-Artillerie, Provinzial-Pioniere, Verkehrs-Truppen (Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschiffertruppen), Provinzial-Train (Krankenträger), Sanitätspersonal, Veterinär-Personal, sonstige Mannschaften (Büchsenmacher, Dekonomie-Handwerker, Arbeits-Soldaten), Marine.

2. April,	morgens	8 Uhr,	Jahrgänge	1887 u. 1888,	
2. „	„	10 „	Jahrgang	1889,	
2. „	mittags	12 „	„	1890,	
3. „	morgens	8 „	„	1891,	
3. „	„	10 „	„	1892,	
3. „	mittags	12 „	„	1893,	
4. „	morgens	8 „	„	1894,	
4. „	„	10 „	„	1895,	
4. „	mittags	12 „	„	1896,	
5. „	morgens	8 „	Jahrgänge	1897, 1898 u. 1899.	

Ersatz-Reserve aller Waffen.

5. April	morgens	10 Uhr,	Jahrgang	1887,
5. „	mittags	12 „	„	1888,
6. „	morgens	8 „	„	1889,
6. „	„	10 „	„	1890,
6. „	mittags	12 „	„	1891,
7. „	morgens	8 „	„	1892,
7. „	„	10 „	„	1893,
7. „	mittags	12 „	„	1894,
9. „	morgens	8 „	„	1895,
9. „	„	10 „	„	1896,
9. „	mittags	12 „	Jahrgänge	1897—1899.

Unterbezirk 2 Halle (Stadt).

Kontrollplatz Halle a. S. — (Sport-Hotel, Gr. Steinstraße Nr. 27/28.)

Provinzial-Infanterie:

23. April	morgens	8 Uhr	Jahrgang	1887,
23. „	„	10 „	„	1888,
23. „	mittags	12 „	„	1889,
24. „	morgens	8 „	„	1890,
24. „	„	10 „	„	1891,
24. „	mittags	12 „	„	1894,
25. „	morgens	8 „	„	1895,
25. „	„	10 „	„	1896,
25. „	mittags	12 „	Jahrgänge	1897—1899.

Am 7. April 1900 morgens 9 Uhr für die Jahrgänge 1892 und 1893 (Infanterie) zwecks Einkleidung direkte Gestellung am Landwehr-Zeughaus, Roßplatz (Kaserne II). Nur für diese Jahrgänge giltig.

Unterbezirk 5 — Cönnern.

Kontrollplatz Schwittersdorf — Gasthof zum Stern:

2. April, morgens 10½ Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Beesenstedt, Böfenburg, Burgsdorf, Closchwitz, Elben, Gödewitz, Hedersleben, Naundorf b. B., Rottelsdorf, Rumpin, Schwittersdorf, Trebitz b. Wettin, Zaschwitz, Zörnitz,

2. April, nachmittags 12½ Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Benkendorf, Dederstedt, Elbitz, Gorsleben, Krimpe, Neehausen, Pfützthal, Quillschöna, Räther, Salzmünde, Schochwitz, Volkmaritz, Wils und **Fienstedt.**

Kontrollplatz Gerbstedt — Gasthof zum goldenen Ring:

3. April, morgens 9 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus **Gerbstedt (Stadt),**

3. April, morgens 11 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Augsdorf, **Adendorf**, Friedeburg mit Straußhoff, Friedeburgerhütte, Freist, Helmsdorf, Heiligenthal, Hübitz, **Welfesholz, Gypshütte,**

3. April, nachmittags 1 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Ihlewitz, Königswieck, Lochwitz, Oeste, Pfeiffhausen, Piesdorf, Polleben, Reidewitz, Thaldorf, Zabenstedt, Zellewitz und

Gerbstedt (Amtsgemeinde).

Kontrollplatz Alsleben a. S. — Gasthof zur Sonne:

4. April, morgens 10¼ Uhr für sämtliche Jahrgänge aus der Ortschaft **Alsleben;**

4. April, mittags 12¼ Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Belleben, Kustrena, Mukrena mit Zweihausen, Neubeesen, Poplitz, Strenz-Naundorf, Haus Zeitz, Beesenlaublingen, Beesedau.

Kontrollplatz Könnern — Gasthof zum Ring:

5. April, morgens 9 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus der Stadt Könnern und den Ortschaften: Bebitz, Brucke, Dalena, Dornitz, Garsena.

5. April, morgens 10¾ Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Gnölbzig, Golbitz, Hochedlau, Kirchedlau, Lebendorf, Mitteledlau, Nelben, Rothenburg, Sieglitz, Trebitz bei Könnern, Trebnitz mit Mödewitz, Unterpeißen, Zickeritz.

Kontrollplatz Löbejün — Gasthof zum Schützenhaus:

6 April, morgens 10¼ Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Kaltenmark, Krosigk, Löbejün, Merbitz, Schlettau, Wieskau.

Kontrollplatz Neutz — Gasthof zum Sattel:

6. April, nachmittags 2 Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Deutleben, Dobis, Dößel, Domnitz, Lettewitz, Mücheln, Nauendorf a. P., Neutz, Wettin.

Unterbezirk 3 Giebichenstein.

Kontrollplatz Dölau — (Restaurant zum Haideschlößchen)

9. April, morgens 10½ Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Dölau, Lettin, Lieskau, Schiepzig.

9. April, nachmittags 12¼ Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Nietleben, Granau, Zscherben.

Kontrollplatz Halle a. S., Sporthotel, Große Steinstraße Nr. 27/28.

10. April, morgens 8 Uhr, für die Jahrgänge 1887, 1888 und 1889 aus der **Ortschaft Giebichenstein.**

10. April, morgenr 10 Uhr, für die Jahrgänge 1890 und 1891 aus der **Ortschaft Giebichenstein.**

10. April, mittags 12 Uhr, für die Jahrgänge 1892 und 1893 aus der **Ortschaft Giebichenstein.**

11. April, morgens 8 Uhr, für die Jahrgänge 1894 und 1895 aus der **Ortschaft Giebichenstein.**

11. April, morgens 10 Uhr, für die Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 aus der **Ortschaft Giebichenstein.**

11, April, mittags 12 Uhr, für die sämtlichen Jahrgänge aus aus den Ortschaften **Böllberg, Burg bei Reideburg, Büschdorf, Capelleneude, Gimritz bei Halle, Seeben, Wörmlitz.**

17. April, morgens 8 Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften **Crondorf, Diemitz, Reideburg, Sagisdorf, Stichelsdorf, Schönnewitz, Tornau, Mötzlich, Zöberitz.**

17. April, morgens 10 Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus der Ortschaft **Trotha.**

17. April, mittags 12 Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus der Ortschaft **Cröllwitz.**

Kontrollplatz Niemberg — (am Bahnhofe):

18. April, morgens 10½ Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Brachstedt, Braschwitz, Dammendorf, Eismannsdorf, Gödewitz, Harsdorf, Hohen, Hohenthurm, Niemberg,

18. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Jnwenden, Obermaschwitz, Oppin, Oppin-Freiheit, Peißen, Plößnitz, Pranitz, Rabatz, Rosenfeld, Schwerz, Spickendorf, Untermaschwitz, Wurp.

Kontrollplatz Gröbers — (im Gasthofe):

19. April, morgens 10 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Bruckdorf, Kanena, Dieskau, Gröbers,

19. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Benndorf b. Gr., Bennewitz, Gottenz, Großkugel, Kleinkugel, Osmünde, Schwoitsch, Zwintschöna.

Kontrollplatz Ammendorf — (Gaudigs Restaurant):

20. April, morgens 9 Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Ammendorf und Beesen a. E.,

20. April, morgens 11 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Burg i. Aue, Osendorf, Planena und Radewell,

20. April, nachmittags 1 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Döllnitz, Lochau, Pritschöna und Wesenitz.

Kontrollplatz Wallwitz — (Gasthof zur Birke):

21. April, morgens 9 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Beidersee, Brachwitz, Dachritz, Döblitz, Friedrichschwerz, Frößnitz, Gimritz bei Wettin, Görbitz, Groitzsch, Gutenberg, Lehndorf, Petersberg, Trebitz a. P., Wallwitz,

21. April, morgens 11 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Löbnitz a. G., Merkewitz, Morl, Möderau, Nehlitz, Priester, Räthern, Raunitz, Sennewitz, Sylbitz, Teicha, Westewitz.

Unterbezirk 4 Eisleben.

Kontrollplatz Teutschenthal — (Gasthof zur Kasseler Bahn):

4. April, vormittags 10 Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Eisdorf, Oberteutschenthal, Unterteutschenthal,

4. April, morgens 11½ Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Bennstedt, Cöllme, Höhnstedt, Müllerdorf, Rollsdorf, Seeburg, Zappendorf,

4. April, nachmittags 1 Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Asendorf, Dornstedt, Etzdorf, Köchstedt, Langenbogen, Steuden, Bitzenburg, Wansleben.

Kontrollplatz Oberröblingen — (Gasthof zum Kronprinz):

5. April, morgens 9¼ Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Oberröblingen und Stedten,

5. April, morgens 11½ Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Alberstedt, Amsdorf, Aseleben, Erdeborn, Hornburg, Oberesperstedt,

5. April, nachmittags 1 Uhr, für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Schaffee, Schraplau, Unteresperstedt, Unterröblingen.

Kontrollplatz Helbra — (Gasthof zum Kronprinz):

6. April, morgens 9 Uhr, für die Jahrgänge 1887, 1888, 1889, 1890 und 1891 aus der Ortschaft Helbra.

6. April, morgens 11 Uhr, für die Jahrgänge 1892, 1893, 1894, 1895, 1896 aus der Ortschaft Helbra.

6. April, nachmittags 1 Uhr, für die Jahrgänge 1897, 1898 und 1899 aus der Ortschaft Helbra, sowie sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften: Benndorf b. M. und **Volkstedt.**

Kontrollplatz Eisleben (für die Stadt) — Wiesenhaus: Für gediente Mannschaften (Prov.-Infanterie und Spezial-Waffen).

Garde, Prov.-Infanterie, Prov.-Jäger, Prov.-Kavallerie Prov.-Feld-Artillerie, Prov.-Fuß-Artillerie, Prov.-Pioniere Verkehrs-Truppen (Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschiffertruppen), Prov.-Train (Krankenträger), Sanitätspersonal, Veterinärpersonal, sonstige Mannschaften (Büchsenmacher, Oekon.-Handwerker, Arbeits-Soldaten), Marine.

7. April, morgens 8 Uhr, für die Jahrgänge 1887, 1888, 1889 und 1890,

7. April, morgens 10 Uhr für die Jahrgänge 1891, 1892, 1893 und 1894,

7. April, mittags 12 Uhr für die Jahrgänge 1895, 1896, 1897, 1898 und 1899.

Ersatz-Reserve aller Waffen.

9. April, morgens 8 Uhr für die Jahrgänge 1887, 1888, 1889, 1890, 1891 und 1892.

9. April, morgens 10 Uhr für die Jahrgänge 1893, 1894, 1895, 1896, 1897, 1898 und 1899.

Kontrollplatz Eisleben (für das Land) — Wiesenhaus:

9. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Aebtischrode, Bischofrode, Helfta und Holzzelle,

10. April, morgens 9 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Wolferode, Unterrißdorf und Oberrißdorf,

10. April, morgens 11 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortschaften Lüttchendorf, Wormsleben und Wimmelburg.

Besondere Gestellungsbefehle werden nicht ausgegeben, vielmehr ist jeder Kontrollpflichtige lediglich infolge dieser Bekanntmachung zum Erscheinen verpflichtet.

Die Fußmaße der Fußtruppen des Jahrganges 1894 werden einer Prüfung unterzogen. Die betreffenden Mannschaften dieses Jahrganges haben deshalb mit sauber gewaschenen Füßen zu erscheinen.

Zeitige und Ganzinvaliden erscheinen nicht zur Kontrolle.

Unentschuldigtes Ausbleiben, oder **Gestellung auf einem anderen Kontrollplatze, bezw. zu anderer Zeit als befohlen, hat die gesetzliche Strafe zur Folge.**

Die Kontrollpflichtigen der **Jahresklasse 1888** der Land- bezw. Seewehr 1. Aufgebots, deren Dienstzeit in der Zeit vom 1. April bis 30. September d. J. abläuft (d. h. diejenigen Mannschaften, welche in der Zei vom 1. April bis 30. September 1888 zum Dienst eigetreten sind), werden von der Frühjahrs-Kontrollversammlung entbunden und treten bei der Herbst-Kontrollversammlung zur Landwehr 2. Aufgebots über.

Zur Frühjahrs-Kontrollversammlungen haben zn erscheinen:
a) die Reservisten und die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften,
b) die Land- und Seewehr 1. Aufgebots,
c) die Ersatz-Reservisten.

Vermischtes.

* **Heiteres zur lex Heinze.** Man schreibt der Frankfurter Zeitung: Angesichts des bekannten Vorkommnisses Graf Mirbach-Keller und Reiner spottet der in Berlin erscheinende Kunstgesang: „In Konsequenz des Salomonischen Urteils, daß Aktbilder von vorn unsittlich, von hinten dagegen sittlich sind — nicht etwa in Hinterpommern, sondern in Berlin — werden demnächst die öffentlich gebrauchten Konzertflügel Höschen anhaben müssen, wenigstens an den unsittlichen Vorderbeinen. Welch ein Arbeitsfeld für stickende reifere Jungfrauen eröffnet sich da, wenn der Flügel bei jedem neuen Musikstück ein anderes Höschen anzieht. Bei Frühlingsliedern wiesengrüne mit Primula veris und Leontodon in Gold gestickt, bei türkischer Musik Reziahöschen, und wenn von Sturm und Regen die Rede ist — Windhosen.“ Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß die Verwaltung der Münchener Glyptothek ganz im Geiste Mirbachs handelte, als sie die Unsittlichkeit klassischer Bildwerke en face milderte, indem sie alle Statuen, die der unsittliche antike Bildhauer nackt gelassen hatte, nachträglich mit großen Feigenblättern aus Pappe und Blech versah. — Weiter wird geschrieben: Der Ulmer Zeitung ist dieser Tage ein Zwanzigmarkschein zu Gesicht gekommen, auf dem die beiden nackten Knabengestalten, denen sogar das Feigenblatt fehlt, an der anstößigen Stelle mit Tinte beschmiert waren. Man sieht, der lex Heinze-Geist macht Schule. Sollte der Staat nicht die Pflicht haben, die unsittlichen Reichskassenscheine, die reinen Gemütern solches Aergernis bereiten, einzuziehen?

* **Die beiden Hirten.** Jüngst trafen sich in H. hart an der Thüringer- und Franken-Grenze im dortigen Gasthaus zwei Männer, welche sich einem gemeinschaftlichen Beruf unterzogen hatten, denn beide waren Hirten der Gemeinde: der Pfarrer und der Schäfer des Ortes. Als der würdige Herr die Wirtsstube betrat, wollte der bereits anwesende biedere Schäfer das Lokal verlassen. Der Eintretende veranlaßte ihn jedoch zum Bleiben, sie beide wären ja Hirten und somit eigentlich Kollegen, die wohl ein vertrauliches Wort mit einander reden könnten. „Des schön“, meinte unter Augenblinzeln, aber doch mit ernster Miene der Nachkomme von Hans Bendix, „doch mit en Unterschied.“ „Nun ja,“ entgegnete zustimmend der Herr Pfarrer. „Sie meinen, weil ich eine größere Einnahme beziehe.“ „O na, wenn Ihne a Schaf verloren geht, so brauchen Sie nit darnach zu springen, ich ower muß danach süch' un wenn ich's net fin, muß ich's a bezohl.“

* **Die Pest in Kalkutta** nimmt eine fürchterliche Ausdehnung an. In der ersten Märzwoche waren 411 Sterbefälle zu verzeichnen. Die Einwohner verlassen die Stadt. Der Gouverneur besucht die ärmsten Stadtviertel mit Aerzten, die den Kranken Pestserum einimpfen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 8. März.

Aufgeboten: Der Bäcker Stolle und Ida Schondorf (Fleischerstraße 20 und Fürstenthal 6a). Der Schlosser Brinck und Luise Thiele (Raffineriestraße 7 und Lessingstr. 21). Der Versicherungsbeamte Hübner und Anna Conrad (Neue Promenade 13 und Herrenstraße 6). Der Bergmann Zutz und Minna Rechenberg (Gerbstedt und Halle). Der Gärtner Charton und Emma Junge (Raguhn und Halle). Der Glasermeister Böllner und Klara Reindorf (Zeitz und Halle). Der Konditor Schlegel und Dorothee Regener (Leipzig und Halle). Der Fuhrwerksbesitzer Erbus und Helene Knof (Halle und Zappendorf). Der Fleischer Ochse und Lina Sennewald (Merseburg und Beesen).

Eheschließungen: Der Arbeiter Fröhlich und Marie Naue (Merseburgerstraße 14 und Schwetschkestraße 10). Der Werkführer Orling und Emma Wiebach (Wilhelmstraße 32 und Ackerstraße 7). Der Lohgerber Merkert und Elise Wehnemann (Spitze 5 und Merseburg). Der Schlosser Müller und Blanca Misselwitz (Raffineriestraße 3 und Schlosserstraße 16). Der Eisendreher Vogel und Bertha Biblig (Schwetschkestraße 5 und Ludwigstraße 13). Der Arbeiter Buchmann und Henriette Bahn (Kurfürstenstr. 79 und Hagenstraße 7). Der Tischler Pollnow und Minna Lange (Leipzigerstraße 71). Der Maurer Hagemann und Auguste Frieß (Hardenbergstraße 37 und Schillerstr. 26). Der Arbeiter Mennicke und Anna Gramatzki (Lessingstraße 5 und Große Klausstraße 22).

Geboren: Dem Arbeiter Schütze ein S. (Ladenbergstraße 1). Dem Arbeiter Henneck eine T. (Schmiedstraße 25). Dem Hallenaufseher Schönfelder ein S. (Landsbergerstraße 66). Dem Arbeiter Kutzsch eine T. (Hirtenstraße 13). Dem Schlosser Heller eine T. (Steinweg 50). Dem Arbeiter Domagala eine T. (Große Wallstraße 28). Dem Dachdecker Wolf ein S. (Landwehrstraße 8). Dem Briefträger Blüher ein S. (Hardenbergstraße 2). Dem Polizeisergeant Roseck ein S. (Brunoswarte 24).

Gestorben: Des Arbeiter König Ehefrau, 35 J. (Thorstraße 50). Paul Jahn, 28 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Der Eisendreher Hartmann, 19 J. (Kleiner Sandberg 21). Des Arbeiter Bensing T., 2 Mon. (Wörmlitzerstraße 98). Der Gewehrhausarbeiter Schröder, 27 J. (Viktoriaplatz 2). Die Witwe Schröder, 60 J. (Siechenanstalt). Des Polizei-Sergeant Roseck S., 10 Min. (Brunoswarte 24). Des Wasserbauwart Neumann Ehefrau, 44 J. (Bergmannstrost). Der Bergmann Mückenheim, 58 J. (Bergmannstrost). Des Arbeiter Maaß Ehefrau, 34 J. (Grünstraße 5 u. 6). Der Bergarbeiter Alicke, 60 J. (Bergmannstrost). Der Arbeiter Hesse, 62 J. (Klinik). Des verstorbenen Maschinenmeister Ermisch T., 8 Mon. (Gommergasse 10).

Giebichenstein, vom 7. bis 9. März.

Aufgeboten: Der Fabrikarbeiter Genske und Anna Kamm (Steinstraße 5 und Halle). Der Former Vetter und Martha Kunze (Seydlitzstraße 6). Der Privatpostbote Hillner und Sophie Barth (Halle und Reilstraße 101). Der Eisendreher Richter und Pauline Röder (Halle und Giebichenstein).

Geboren: Dem Fabrikarbeiter Gregor eine T. (Burgstraße 13). Dem Fabrikarbeiter Fischer ein S. (Adolfstraße 7). Dem Buchdrucker Kränzien ein S. (Hohestraße 23). Dem Schuhmacher Spindeldreher eine T. (Große Brunnenstraße 29). Dem Kontorist Bonge ein S. (Schmelzerstraße 10). Dem Maler Seifert eine T. (Seydlitzstraße 6) Dem Fabrikarbeiter Frentzel ein S. (Triftstraße 8).

Gestorben: Auguste Wähmer geb. Daute, 67 J. (Burgstraße 50).

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000314-14/fragment/page=0008